



Sachbearbeitung SP 2 Sozialplanung
Datum 28.12.2022
Geschäftszeichen
Beschlussorgan Gemeinderat Sitzung am 15.02.2023 TOP
Behandlung öffentlich GD 022/23

Betreff: ulm: engagiert - Bürgerdialog und Bürgerschaftliches Engagement in Ulm

Anlagen: Anlage 1: Ergebnisse der Online-Umfrage RPGen - **digital**
Anlage 2: Ergebnisse der Online-Umfrage BE-Organisationen - **digital**
Anlage 3: Fragenkatalog Erhebungen - Bürgerdialog und BE - **digital**

Antrag:

1. Den Bericht über den Bürgerdialog und das Bürgerschaftliche Engagement in Ulm zur Kenntnis zu nehmen.
2. Die Verwaltung zu beauftragen, unter dem Vorbehalt der Zurverfügungstellung entsprechender finanzieller Ressourcen:
 - Eine Koordinierungs- und Anlaufstelle Bürgerdialog im Rahmen der bestehenden Open Government-Stelle bei der Digitalen Agenda zu verankern und dort einen Orientierungsrahmen für den Bürgerdialog in Ulm zu entwickeln.
 - Die Beteiligungsplattform bei der Digitalen Agenda als zentralen Kommunikationsknoten für Bürgerdialog weiterzuentwickeln. Im Rahmen der Smart City Maßnahmenbeantragung in 2023 durch die Bundesförderung des BMWBS die entsprechenden Sachmittel zur Weiterentwicklung und Umsetzung für 2023-2026 einzuplanen.
 - Den Weiterentwicklungsprozess der Regionalen Planungsgruppen durch die strategische Sozialplanung zu unterstützen.
 - Ein (städtisches) abteilungsübergreifendes Kooperationsnetzwerk zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements durch die strategische Sozialplanung zu etablieren.
 - Gemeinsam mit engagiert in ulm e.V. neue Angebote für die Beratung und Begleitung von Organisationen u.a. zur Erarbeitung nachhaltiger Nachwuchsstrategien zu entwickeln.
 - Einen Vermittlungspool bestehender Räume für bürgerschaftliches Engagement aufzubauen.

Christian Peschl
Markus Kienle

Zur Mitzeichnung an: Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des
Gemeinderats:
BM 1, BM 2, BM 3, BS, DA, KA, KOST, OB, OB/A, R 3, SO, SUB, Z, Z/CuV, ZSD/D Eingang OB/G _____
_____ Versand an GR _____
_____ Niederschrift § _____
_____ Anlage Nr. _____

Sachdarstellung:

Kurzzusammenfassung

Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis eines ca. anderthalb Jahre dauernden Prozesses. Die Ausarbeitung belegt, dass der Bürgerdialog und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Ulm als sehr wichtig angesehen werden und in der operativen Arbeit mittlerweile einen hohen Stellenwert einnehmen. Aufgezeigt wird, dass aufgrund der vielfältigen Akteure ein Weiterentwicklungspotential vor allem in einer besseren Abstimmung und einer Steigerung der Transparenz bei dialogischen Aktivitäten der Stadtverwaltung sowie einer besseren Vernetzung von Schlüsselakteuren zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements besteht.

1. Einleitung

Das enge Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft hat in Ulm eine lange Tradition: der kleine und große Schwörbrief, aber auch der Bau des Ulmer Münsters als Bürgerkirche sind dafür bekannte Beispiele. Doch auch in jüngerer Vergangenheit gibt es bemerkenswerte Entwicklungen. So wurde 1997 das Ulmer Dialogmodell im damaligen Verwaltungsausschuss verabschiedet. Zudem wurde 1997 die Ulmer Bürger Stiftung gegründet. Diese beiden Institutionen nehmen in Ulm Schlüsselrollen ein: Das Ulmer Dialogmodell ist eine etablierte Säule für den Bürgerdialog. Die Ulmer Bürger Stiftung trägt maßgeblich dazu bei, dass Bürgerschaftliches Engagement öffentliche Anerkennung erfährt und sich entfalten kann. 2022 feiern diese beiden Institutionen ihr 25jähriges Jubiläum.

Gerade in der heutigen Zeit ist das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung brandaktuell. Die gesellschaftliche Spaltung steigt und stellt Politik und Verwaltung vor große Herausforderungen. Bürgerinitiativen wie "die letzte Generation" und schwer zu greifende Protestbewegungen in Form der sogenannten "Spaziergänge" sind unterschiedliche und aktuelle Beispiele für ein gesunkenes Vertrauen das öffentlichen Institutionen entgegengebracht wird. Zudem führen der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und eine tendenziell sinkende Wahlbeteiligung dazu, dass immer wieder infrage gestellt wird, ob die Demokratie als Regierungsform nicht ausgedient hat.

"Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen - abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind."

Winston Churchill (1947)

Dann kamen noch die Krisen der letzten Jahre: Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung beschreibt, dass im Zuge der Corona-Pandemie der gesellschaftliche Zusammenhalt signifikant gesunken ist. Soziale Netze sind weniger belastbar und die Menschen weniger offen für Vielfalt und identifizieren sich weniger mit ihrem Gemeinwesen.¹

Ein Gegenentwurf zur Polarisierung und Abgrenzung liegt in der Kooperation - dem Zusammenwirken. Die Bereitschaft zum Austausch und das gemeinsame Engagement hilft Gräben zu schließen, soziale Teilhabe zu ermöglichen und Vertrauen zu wecken. Der Ausbau von Bürgerdialogen und eine gestärkte Infrastruktur für das Bürgerschaftliche Engagement - insbesondere auf kommunaler Ebene - sind deshalb von wesentlicher Bedeutung die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Insbesondere, da es kaum ein gesellschaftliches Handlungsfeld gibt, in welchen die Themen Bürgerdialog und bürgerschaftliches Engagement keine Rolle spielen.

Mit dem vorliegenden Bericht wird ein erster Grundstein gelegt. Der Bericht,

- gibt einen Überblick über bestehende Formen des Bürgerdialogs und des bürgerschaftlichen Engagements in Ulm.
- stellt die Entwicklungen im Bürgerdialog sowohl in dialogischen Verfahren als auch in der dialogischen Struktur der Regionalen Planungsgruppen dar.
- stellt die Entwicklungen im Feld des bürgerschaftlichen Engagements in Ulmer Organisationen dar.
- leitet Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung des Bürgerdialogs sowie zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm ab.

Die Verwaltung hält eine fortführende Behandlung der Themenfelder Bürgerdialog und bürgerschaftliches Engagement aufgrund ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und Komplexität auch über diese Berichterstattung hinaus für sinnvoll.

¹ siehe https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-DZ_Studie_Kurzfassung_Zusammenhalt_BW_2022.pdf (09.12.22)

Mitwirkungen

Der vorliegende Bericht ist in enger Zusammenarbeit mit einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure entstanden. Hierzu zählen Kolleg*innen aus unterschiedlichen Bereichen der Stadtverwaltung sowie Fachkräfte von engagiert in ulm e.V., Diakonie und Caritas. Darüber hinaus wurde eine Reihe unterschiedlicher Austauschformate genutzt, infolge derer Impulse in diese Berichterstattung einfließen konnten - u.a.:

14.02.22 - Austausch mit den Regionalen Planungsgruppen

03.05.22 - Austausch mit Vertreter*innen des Gemeinderats

30.09.22 - Zukunftswerkstatt zur Weiterentwicklung der Regionalen Planungsgruppen

11.10.22 - Austausch im Dialogforum Soziales (Arbeitsstand und Zwischenergebnisse)

26.10.22 - Austausch im Internationalen Ausschuss (Arbeitsstand und Zwischenergebnisse)

2. Demokratische Beteiligung und Bürgerschaftliches Engagement

Für das kommunale Handeln sind unterschiedliche Elemente der partizipativen Demokratie von ausschlaggebender Bedeutung. Innerhalb dieser werden Entscheidungen geprägt und festgelegt. Zur Einflussnahme auf die durchführenden Organe der Kommunalverwaltung dienen direkt-demokratische, repräsentative und dialogische Elemente.

Direkt-demokratische Elemente, wie Bürgerentscheide, sind in den Gemeindeordnungen fest verankert. Im Rahmen einer Abstimmung über Sachfragen können Bürger*innen verbindlich entscheiden. In Ulm wurde dieses Element bei der Abstimmung zum Stadthaus, über die geplante Untertunnelung der Neuen Straße und zum sogenannten 5-Linien-Konzept des Straßenbahnausbaus bisher dreimal angewandt.

Im Rahmen repräsentativer Elemente treten Bürgerinnen und Bürger als Wählerinnen und Wähler in Erscheinung und stimmen über Repräsentant*innen ab, welche ihrerseits über Sachfragen im kommunalen Handeln verbindlich entscheiden. Ein Beispiel hierfür ist auf kommunaler Ebene die Wahl der Gemeinde- und Ortschaftsräte und deren Wirken.

Dialogische Elemente der Beteiligung basieren auf Freiwilligkeit. Sie sind in Format, Ablauf und Ziel variabel. Innerhalb dieser werden Bürger*innen bei Sachfragen konsultiert und können in Bezug auf Entscheidungen konsensorientiert mitwirken. Ergebnisse von Bürgerdialogen sind rechtlich nicht bindend.

In der Praxis befinden sich die unterschiedlichen Elemente der partizipativen Demokratie in einem fortwährenden Wechselspiel und nehmen direkt Einfluss aufeinander. Übergänge zwischen diesen können fließend ausgestaltet werden und sind für Außenstehende oftmals nur schwer festzustellen.

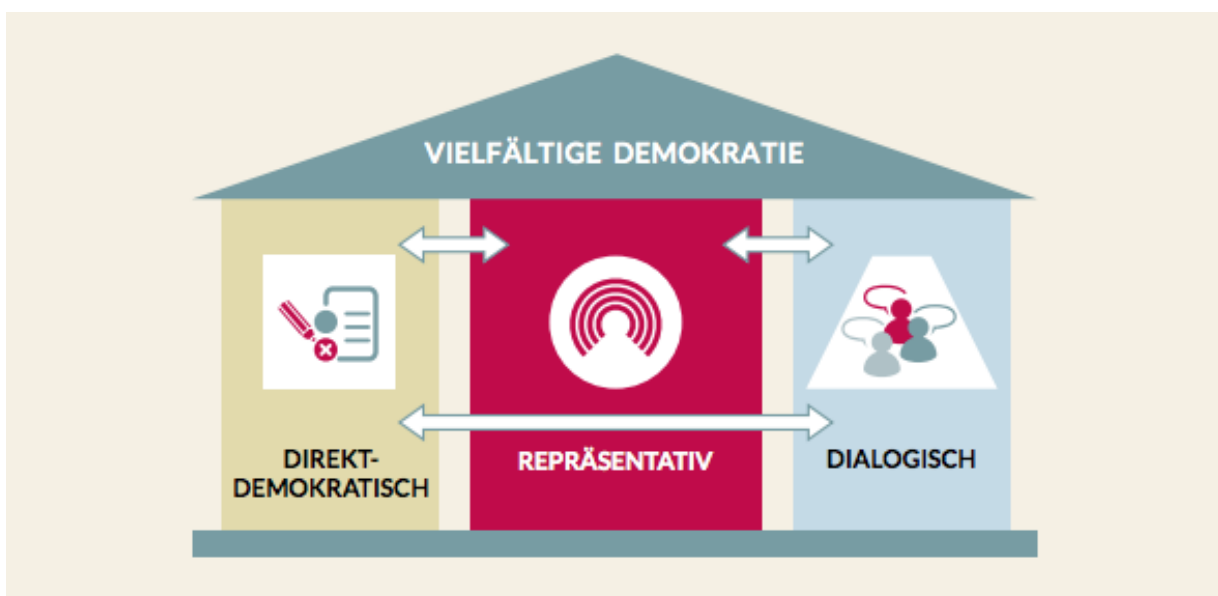


Abb. 1: Vielfältige Demokratie; Quelle: Allianz Vielfältige Demokratie; 2018; S. 6

In einem Punkt unterscheiden sich diese Elemente jedoch wesentlich: Während direkt-demokratische Verfahren sowie die Elemente repräsentativer Demokratie formell u.a. in den Gemeindeordnungen verankert sind, gibt es für die Durchführung dialogischer Elemente der Beteiligung keinen bindenden Rechtsrahmen. Sie finden auf freiwilliger Basis statt und sind dadurch ein Spiegel für das kommunale Verständnis von Demokratie, Partizipation und Teilhabe.

Partizipation und Teilhabe in Ulm

In Ulm ist Partizipation und Teilhabe unter der programmatischen Leitlinie "Stadtgesellschaft" bereits vielfach festgeschrieben worden, so z.B. im Zukunftsmanifest der Stadt Ulm aus dem Jahr 1999 und aktuell in der Smart City Strategie und dem Handlungskonzept für Chancengerechtigkeit und Vielfalt in Ulm.

"Die Entwicklung neuer Urbanität fordert Partizipation, Selbstverwaltung, Eigenarbeit und Selbsthilfe der Bürgerinnen und Bürger und damit eine Erweiterung der gesellschaftlich-politischen Spielräume und Verantwortlichkeiten. Deshalb sollen Bürgerforen, regionale Planungsgruppen und Stadtteilarbeitskreise die repräsentative Demokratie durch direkte Beteiligungsformen ergänzen. Die bürgerschaftliche Beteiligung muss im Vorfeld der Entscheidung geleistet werden." (...) "Dialog statt Monolog soll die Kommunikationsstrukturen und Entscheidungsprozesse in umfassender Weise bestimmen."

Zukunftsmanifest der Stadt Ulm (1999)

"Die Stadt Ulm ist eine Bürgerstadt mit der Vision clever, für alle, offen und nachhaltig zu sein. Um die digitale Transformation auf dem Weg zur Smart City erfolgreich zu gestalten, braucht es einen aktiven Dialog mit allen Zielgruppen. Denn unterschiedliche Erfahrungen mit Digitalem, Ängste, Sorgen oder Kritik müssen berücksichtigt werden, um die Akzeptanz gegenüber neuen digitalen Produkten und Services zu steigern."

Smart City Strategie der Stadt Ulm (2021)

"Wir (...) sehen die gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen in Ulm am sozialen, politischen und ökonomischen Leben der Stadt als zentralen Wert, der die Menschen der Stadt mit ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten, in ihrer Vielfalt eint. Chancengerechtigkeit verstehen wir als Möglichkeit, dass alle Menschen in Ulm die Angebote und Dienstleistungen der Stadt gleichermaßen nutzen, die eigenen Potentiale bestmöglich entfalten und sich einbringen können. Bestehende Barrieren, die Zugänge erschweren oder Benachteiligungen schaffen, wollen wir gezielt abbauen. Wir wollen sicherstellen, dass sich die Menschen in Ulm wohl und mit der Stadt verbunden fühlen."

Wir Alle - Handlungskonzept für Chancengerechtigkeit und Vielfalt in Ulm (2022)

Soziale Teilhabe und die politische Partizipation stehen in einer engen Beziehung zueinander. Soziale und politische Partizipation kann deshalb ebenfalls unter dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements zusammengefasst werden.

Bürgerschaftliches Engagement

In der öffentlichen Diskussion werden die Begriffe Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe oder freiwilliges Engagement häufig synonym zum Begriff des bürgerschaftlichen Engagements verwendet. Ebenso wird - fast beliebig - von Ehrenamtlichen, Engagierten, Freiwilligen und Aktiven gesprochen.

Die Begriffe stehen aber für diverse Traditionen, in denen sie entstanden sind und werden je nach Kontext und Blickwinkel unterschiedlich verwendet.

Ehrenamt

Das Ehrenamt hat in Deutschland eine lange Tradition. Der Begriff Ehrenamt bezeichnet ein freiwilliges, formalisiertes, verbindliches und andauerndes Engagement durch die Übernahme eines Amtes, das ohne Entgelt und oft neben einer Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Als Ehrenamt gilt das klassische, auf das Gemeinwohl gerichtete Engagement in Verbänden und Vereinen, in politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Gremien sowie die Ämter der Schöffen, Betreuer und Bewährungshelfer.

Freiwilliges Engagement

In der Regel bezeichnet der Begriff eine freiwillig gewählte und ohne Entlohnung geleistete Arbeit im gemeinnützigen Bereich. Die mit Freiwilligenarbeit beschriebenen Tätigkeiten können teilweise auch mit den Begriffen Ehrenamt, Selbsthilfe, freiwilliges Engagement oder bürgerschaftliches Engagement erfasst werden, so dass diese Begriffe im allgemeinen Sprachgebrauch nicht immer trennscharf benutzt werden.

Bürgerschaftliches Engagement

Der Begriff Bürgerschaftliches Engagement wurde geprägt in dem Verständnis einer aktiven Bürgergesellschaft, in der die freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger aktiv die Gesellschaft, den Staat und die Politik mitgestalten. Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements hat sich in der Alltagssprache nicht durchgesetzt. Er wird aber häufig in der Fachliteratur und auch als Oberbegriff für die vielfältigen Formen von Engagement verwendet.

Die Enquetekommission »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages hat 2002 für den Begriff inhaltliche Kriterien entwickelt: Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert, öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftlich bzw. kooperativ ausgeübt. Bürgerschaftliches Engagement kann sowohl dauerhaft und kontinuierlich als auch kurzfristig und spontan angelegt sein. Bürgerschaftliches Engagement erzeugt soziales Kapital, demokratische Kompetenz und informelle Lernprozesse. In diesem Verständnis umfasst das bürgerschaftliche Engagement ein breites Spektrum:

- Mitgliedschaft und Mitarbeit in Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften
- Mitarbeit in gemeinwohlorientierten Einrichtungen
- Direkt-demokratische Bürgerbeteiligung
- Beteiligung an Protestaktionen im Rahmen von Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen
- finanzielles Engagement in Form von Spenden und Stiftungen.²

Eine weitere - in unseren Augen passende - Definition für Bürgerschaftliches Engagement lieferte Konrad Hummel. Dieser bezeichnet bürgerschaftliches Engagement als

**Handlungsbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, im Eigeninteresse,
mit anderen gemeinsam etwas für Alle zu tun.**

Im Rahmen dieses Verständnisses kann das Bürgerschaftliche Engagement und der Bürgerdialog als zwei Seiten derselben Medaille verstanden werden - "etwas für Alle zu tun."

Ob Menschen sich engagieren oder nicht hängt von vielen unterschiedlichen Faktoren ab. So ist die Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit z.B. an verschiedene individuelle Voraussetzungen geknüpft: eine Person muss Zugang zu einem Engagement bekommen, genügend freie Zeit zur Verfügung haben, zusätzliche Anforderungen und Belastungen tragen können und - je nach Aufgabengebiet - Kenntnisse und Fähigkeiten mit sich bringen.

² siehe www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/grundlagen-leitlinien/begriffe/ehrenamt-und-engagement/ (09.12.22)

Trends und Entwicklungen

Allgemeine Trends und Entwicklungen in den Feldern bürgerschaftlichen Engagements darzustellen fällt - nicht zuletzt aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre - schwer. Eine dezidierte Darstellung des Forschungsstandes ist im Rahmen dieser Berichterstattung von daher nicht möglich.

Hinweise, wie sich das bürgerschaftliche Engagement gesamtgesellschaftlich entwickelt, können jedoch u.a. dem Freiwilligensurvey 2019 entnommen werden³:

So kann grundsätzlich festgehalten werden, dass sich **mehr Menschen** engagieren; aber **weniger umfänglich**, **weniger in Leitungsaufgaben** und **eher in selbstorganisierter Form**.

Bürgerschaftliches Engagement wird

- zunehmend von **Kurzfristigkeit** und der **Nutzung digitaler Medien** geprägt sein.
- ausgesprochen **vielfältig** aber auch **unübersichtlich**, **spannungsreich** und **widersprüchlich** sein.
- einen **Anspruch auf Selbstbestimmung** erheben und sich **gegen Vereinnahmung wehren**.
- **eng mit professionellen Tätigkeiten verknüpft** sein.
- **politisiert** und an seinen Rändern **polarisiert** sein.

3. Die dialogische Partizipation in Ulm

Während die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft im alltäglichen Sprachgebrauch oft unter der Bezeichnung Bürgerbeteiligung zusammengefasst wird, wird im Rahmen dieser Berichterstattung eine andere Bezeichnung bevorzugt: der **Bürgerdialog**. Mit Verwendung dieser Begrifflichkeit geht das Selbstverständnis einher, dass Kommunikation auf Gleichberechtigung und Augenhöhe basiert, gesetzliche Rahmenbedingungen und bestehende Entscheidungskompetenzen jedoch berücksichtigt werden.

In Ulm gibt es vielfältige Formen der dialogischen Beteiligung. Für ein leichteres Verständnis unterscheiden wir in den nachfolgenden Kapiteln zwischen dialogischen Strukturen und dialogischen Verfahren.

Dialogische Strukturen sind freiwillige Gremien, in denen grundsätzlich Akteure der Verwaltung, des Gemeinderats und der Zivilgesellschaft zusammenwirken. Sie sind in aller Regel auf Langfristigkeit angelegt und formalisiert. Das bedeutet, dass es in einem gewissen Umfang Regeln z.B. zur Organisation und der Häufigkeit von Treffen gibt. Klassische Beispiele hierfür stellen Gremien, wie der Internationale Ausschuss, das Dialogforum Soziales der Inklusionsbeirat und das Frauenforum dar. Wie in Kapitel 2 beschrieben wurde, ist der Übergang zwischen freiwillig etablierten dialogischen Strukturen und rechtlich eingerahmten Formaten fließend. Das ehemalige Jugendparlament - jetzt "Jugend aktiv in Ulm" - basiert zum Beispiel auf §41a der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) welcher die angemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben der Gemeinde regelt, die Form der Beteiligung aber offenlässt.

³ siehe <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dffa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/frewilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligensurvey-data.pdf> (09.12.22)

Eine weitere Form des Bürgerdialogs erfolgt stadtteilorientiert innerhalb der Strukturen des Ulmer Dialogmodells.

Das Ulmer Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit

Das Ulmer Dialogmodell wurde am 07.02.1997 im damaligen Verwaltungsausschuss des Ulmer Gemeinderates beschlossen. Als Ziel dieses Dialogmodells wurde die Bürgergesellschaft formuliert. Eine Gesellschaftsform, welche durch die aktive Partizipation ihrer Mitglieder am öffentlichen Leben gestaltet und weiterentwickelt wird. Erreicht werden sollte dies vor allem durch eine stadtteilorientierte, generationsübergreifende Gemeinwesenarbeit, die eigenes, aktives Mitwirken und Gestalten ermöglicht und verstärkte Identität und Solidarität in der Stadtgesellschaft fördert.⁴

Grundsätzlich fußte der Beschluss auf drei Erkenntnissen

1. Es ist wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld um ihre Belange kümmern und dass sie dort auch Expertinnen und Experten für die Verwaltung und die Politik sind.
2. Bürgerdialog und Bürgerschaftliches Engagement braucht Treffpunkte. Es bedarf in allen Sozialräumen Bürgerzentren und weitere, sogenannte Orte der Begegnung.
3. Bürgerdialog und Bürgerschaftliches Engagement braucht hauptamtliche Unterstützung und Begleitung.

Das Ulmer Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit besteht

- aus den Regionalen Planungsgruppen in den fünf Ulmer Stadtteilen.
- aus der organisierten Zusammenarbeit zwischen den Regionalen Planungsgruppen, der Politik und der Verwaltung unter Mithilfe und Begleitung durch die Stadtteilkoordination.
- aus den Bürgerhäusern/-zentren in allen fünf Stadtteilen.

Der Grundgedanke des Dialogmodells ist trotz seiner Tragweite einfach: In den Stadtteilen selber wissen die Bürgerinnen und Bürger am besten, wo der Schuh drückt. Dabei sehen die Regionalen Planungsgruppen ihr Wirken und ihre Stärken vor allem in den beiden Engagementfeldern Beteiligung und Planung im Stadtteil sowie Stärkung der Solidarität und des Zusammenhalts im Stadtteil. Sie sehen sich nicht als geeignete Struktur, wenn es um die Unterstützung verschiedener Zielgruppen mit besonderem Hilfebedarf geht. Hier können sie nur begleitend tätig sein.

Dialogische Verfahren werden anlassbezogen und zeitlich befristet durchgeführt. Sie beziehen sich häufig auf konkrete Maßnahmen der Stadtentwicklung oder Vorhaben, von welchen größere Teile der Bevölkerung betroffen sind. Dialogische Verfahren lassen sich nicht oder nur schwer miteinander vergleichen: sie sind gekennzeichnet von unterschiedlichen Formen, Kennzeichen und verfolgten Zielsetzungen. Beispiele für dialogische Verfahren sind die Bürgerbeteiligungsverfahren zur Verabschiedung der Smart City Strategie⁵, zum Stadtquartier auf dem Areal der Hindenburgkaserne⁶, zur Zukunftsstadt Ulm 2030⁷ oder zur Landesgartenschau 2030.⁸

⁴ vgl. GD 34/97

⁵ vgl. GD 304/21

⁶ vgl. GD 144/14

⁷ vgl. GD 230/18

⁸ vgl. GD 384/21

Weiterentwicklung dialogischer Verfahren

Zur Weiterentwicklung und Intensivierung dialogischer Verfahren besteht in Ulm ein ausgeprägter Wille. So legt Ulm als eine von acht bundesweiten Zukunftsstädten bei der Digitalisierung den Schwerpunkt auf den Themenbereich Partizipation. Unter dem Motto "Nachhaltigkeit digital mitgestalten" stehen der Dialog und die Vereinbarkeit von Technik und Gesellschaft im Einklang mit Nachhaltigkeit. Im Projekt Zukunftsstadt 2030 wurden so über sieben Jahre hinweg unter wissenschaftlicher Begleitung neuartige Beteiligungsverfahren wie z.B. im Rahmen von Online-Beteiligung, Vor-Ort-Dialogen und Methoden zur Ko-Kreation erprobt und zum Teil verstetigt. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Zukunftsstadt 2030 werden im Frühjahr 2023 im Hauptausschuss vorgestellt.⁹

Im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt wurden in den letzten Jahren in zunehmenden Umfang finanzielle Mittel investiert und personelle Ressourcen eingesetzt, um Beteiligungsformate gestalten und umsetzen zu können. So hat das Beteiligungsverfahren rund um das Bürgerforum zur Landesgartenschau 2030 und die damit einhergehende Gewinnung von Zufallsbürger*innen ca. 250.000 € und unzählige Stunden zusätzlicher Arbeit gekostet, welche nicht in den klassischen Arbeitsfeldern der Architektur und Stadtplanung stattfanden. Und auch in anderen Bereichen steigt der Wunsch und Wille kommunale Dienstleistungen "partizipativer" auszugestalten. Dies trägt auch zu einem agilen Verwaltungshandeln bei, da Zwischenergebnisse immer wieder durch den Bürger (als Kunde der Dienstleistung) gegengeprüft und so Ergebnisse kontinuierlich verbessert werden. So beschäftigen sich die Akteure im Fachbereich Bildung und Soziales aktuell z.B. mit der Fragestellung wie Betroffene noch mehr zu Mitgestalten ihrer eigenen Hilfeplanung werden können.

Zum leichteren Verständnis und aus Gründen der Übersichtlichkeit werden beispielhaft einige Formate dialogischer Verfahren und Strukturen in nachstehender Tabelle aufgeführt.

	Zentral z.B.	Dezentral z.B.
Dialogische Verfahren	Zukunftsstadt 2030, Bau der Linie 2, Neugestaltung Innenstadt, Smart City Strategie, Landesgartenschau 2030, Innenstadtdialog	Neubaugebiet "Am Weinberg", Stadtteilentwicklungskonzept Wiblingen, Vor-Ort-Dialoge im Rahmen der Zukunftsstadt 2030 z.B. am Eselsberg und am Alten Friedhof. Dialogverfahren Bildungscampus Eselsberg, Dialogverfahren neue Mensa und Stadtteilbibliothek Wiblingen
Dialogische Strukturen	Frauenforum, Kita Steuerungsgruppe, Stadtverband für Sport, Gesamtelternbeirat der Schulen, Gesamtelternbeirat der Kindertagesstätten, Dialogforum Soziales, Internationaler Ausschuss, Inklusionsbeirat, Arbeitskreis Kulturträger, Stadtverband für Musik und Gesang, Beirat FahrRad, Agendaforum, Jugend aktiv	Regionale Planungsgruppen, Forum im Sozialraum, Sanierungsbeiräte in Sanierungsgebieten z.B. Dichterviertel, Arbeitskreise Leben und Wohnen im Alter (im jeweiligen Stadtteil)

Dialogische Verfahren können nicht losgelöst von dialogischen Strukturen betrachtet werden. Sie finden - mehr oder weniger systematisiert - immer auch in dialogischen Strukturen statt. Von steigender Bedeutung für beide Elemente der dialogischen Beteiligung ist die technologische Infrastruktur.

⁹ vgl. GD 004/23

Technologische Infrastruktur

Der Dialog zwischen Stadtverwaltung, Politik und Bürgerschaft wird zunehmend auch durch neue technische Strukturen und Formen geprägt. So verschafft die Neugestaltung des Amtsinformationssystems eine einfachere orts- und zeitungebundene Information und Recherche zu Entscheidungen der öffentlichen Gremien und im Internetauftritt der Stadt Ulm wird auf unterschiedliche Online-Bürgerbeteiligungsverfahren und -prozesse hingewiesen.¹⁰Die Basisinfrastruktur für Online-Beteiligung wurde von der IT-Abteilung der Zentralen Steuerung und Dienste im Laufe des Projekts Zukunftsstadt 2030 zur Verfügung gestellt und von der Digitalen Agenda der Stadt Ulm erprobt. Sie wird aktuell weiterentwickelt und ab 2023 neu aufgelegt.

Digitale Beteiligungsplattform

Schon seit 2016 hat die Stadt Ulm mit der digitalen Beteiligungsplattform eine Möglichkeit für Bürger*innen und Stadtverwaltung geschaffen, auch im digitalen Raum in einen Dialog zu treten. Seither wurden bei etlichen Vorhaben analoge und digitale Beteiligungsmöglichkeiten miteinander verknüpft, beispielsweise im Rahmen des Innenstadtdialogs, der Umnutzung der Hindenburgkaserne, der Neugestaltung der Fußgängerzone oder den Smart City Projekten. Zudem sind weitere Formate hinzugekommen. Beispielsweise wurde während der Corona-Pandemie ein Online-Veranstaltungsmodul geschaffen, das die klassischen Formate wie Ideensammlung, Diskussion und Kartenanwendungen ergänzt.

Digitale Beteiligungsmöglichkeiten sind eine wertvolle Ergänzung zu analogen Beteiligungen. Digitale Angebote schaffen es, demografische und soziale Gruppen anzusprechen, die Präsenzangebote aus unterschiedlichsten Gründen wie Zeitmangel, Sprachbarrieren, Unsicherheit etc. nicht für sich nutzen können oder wollen. Die Meinungsäußerung von zu Hause oder unterwegs aus öffnet neue Kommunikationskanäle, genauso wie neue Möglichkeiten, Informationen zu städtischen Vorhaben zugänglich zu machen.

Die Smart City Strategie identifiziert digitale Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen als "organisatorische Grundlage" der Stadtentwicklung, denen in der partizipativen und inklusiven Stadt ein hoher Stellenwert zukommt. Die Beteiligungsplattform ist organisatorisch bei der Abteilung Digitale Agenda verankert. Als koordinierende Stelle berät sie die Fachabteilungen zu Fragen der Planung und Umsetzung von digitalen Beteiligungen und Online-Dialogen.

2023 ist ein Relaunch der digitalen Beteiligungsplattform "zukunftsstadt-ulm" geplant. Seit der Entstehung nutzen mehr und mehr städtische Akteure die Plattform, um mit den Ulmer*innen in einen Dialog zu treten. Um der gestiegenen Nutzung und den neuen Möglichkeiten im Bereich digitaler Partizipation gerecht zu werden, wird das digitale Beteiligungsangebot 2023 weitreichend umgebaut und auf neue Beine gestellt. Um die Potentiale digitaler Beteiligung in Ulm zu nutzen und damit verbundene Veränderungsprozesse aktiv zu gestalten, sind in der Digitalen Agenda Stellen zu Open Source und Open Government geschaffen worden, die als Ansprechpersonen für die digitale Beteiligungsplattform zuständig sind.

Mit der Entwicklung und Verbreitung digitaler Technologien sind neue Möglichkeiten von Information, Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltungen und Zivilgesellschaft entstanden. Die Offenheit für das Informationsbedürfnis von Menschen, für Impulse und Themensetzungen aus der Gesellschaft, für neue Verfahrensweisen spiegelt sich auch im Einsatz von Informationstechnologien wieder, beispielsweise über offene Daten, freies Wissen oder digitale Partizipationsmöglichkeiten.

Die Weiterentwicklung dialogischer Elemente der Beteiligung ist in Ulm ein Dauerthema: vor allem im Bereich der dialogischen Verfahren wird viel erprobt. Erste Ansätze um den Nutzen und die Zufriedenheit dialogischer Aktivitäten vor allem im Kontext der Digitalisierung beurteilen zu können, werden im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung des Projekts Zukunftsstadt Ulm 2030 vorliegen und mit dem Abschlussbericht des Projekts Zukunftsstadt Ulm 2030 zeitnah zu

¹⁰ siehe: https://www.ulm.de/aktuelle-meldungen/zda/archiv/zda_online_buergerbeteiligungen (22.11.22)

dieser Berichterstattung veröffentlicht.¹¹

Andere dialogische Aktivitäten, wie sie zum Beispiel der Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt durchführt, werden mit der wissenschaftlichen Begleitforschung des Projekts Zukunftsstadt Ulm 2030 jedoch nicht erfasst. Diesem Umstand möchten wir in den nachfolgenden Kapiteln begegnen.

3.1 Experteninterviews zu drei dialogischen Verfahren

Um in diesem Bereich Erkenntnisse über kommunale Aktivitäten gewinnen zu können, wurden drei aktuelle dialogische Verfahren des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt eingehender beleuchtet: das dialogische Verfahren zum Stadtteilentwicklungsprozess Wiblingen (STEK Wiblingen), zur Landesgartenschau 2030 (LGS 2030) und zur Neugestaltung der Innenstadt. Hierfür wurden Experteninterviews durchgeführt. Befragt wurden jeweils zwei prozessverantwortliche Verwaltungsfachkräfte der Stadt Ulm sowie zusätzlich Teilnehmende an diesen Verfahren. Die prozessverantwortlichen Verwaltungsfachkräfte wurden gemeinsam befragt. Die Gespräche mit den Teilnehmenden haben einzeln und in einem Fall zu zweit stattgefunden. Insgesamt wurden 14 Personen im Rahmen von 10 Gesprächen befragt. Die Aufteilung auf die jeweiligen Verfahren kann nachfolgender Tabelle entnommen werden.

	Prozessverantwortliche Personen	Teilnehmende (Bürger*innen und Interessensvertreter*innen)
Landesgartenschau 2030 (LGS 2030)	Zwei	Zwei
Stadtteilentwicklungskonzept Wiblingen (STEK)	Zwei	Drei
Neugestaltung Innenstadt	Zwei	Drei

Die Gespräche haben zwischen 11.05.22 und 21.07.22 stattgefunden und wurden zur Ergebnissicherung aufgezeichnet und protokolliert.

Damit Aussagen und Erkenntnisse zu den unterschiedlichen Verfahren vergleichbar sind, kam ein standardisierter Fragebogen zum Einsatz. Dieser berücksichtigt die unterschiedlichen Rollen der befragten Personengruppen und orientierte sich an drei übergeordneten Themenbereichen:

1. Informationen zum formellen Rahmen
2. Informationen zum Nutzen
3. Problemfelder und Verbesserungspotentiale

Erkenntnisse zu diesen Themenbereichen werden in den nachfolgenden Kapiteln dargestellt.

3.1.1 Informationen zum formellen Rahmen

Die Fragen, welche sich mit dem formellen Rahmen der jeweiligen Verfahren beschäftigten, dienten nicht dazu, abschließende Informationen über technische oder formelle Rahmenbedingungen zu erlangen. Vielmehr sollte hierbei ein Eindruck zur subjektiven Bewertung spezifischer Besonderheiten erlangt werden. Anders ausgedrückt: Gab es Besonderheiten in der Durchführung die positiv oder negativ wahrgenommen wurden? Welche Aspekte der Durchführung werden erwähnt?

Prozessverantwortliche und Teilnehmende wurden befragt, auf welche Art und Weise das dialogische Verfahren vonstattenging. Wie sie beteiligt haben bzw. beteiligt wurden. Die

¹¹ vgl. GD 004/23

Prozessverantwortlichen wurden darüber hinaus befragt, ob es spezielle Erwartungen und Hintergründe für ausgewählte Methoden gab, nach welchen Kriterien die Mitwirkenden ausgewählt wurden und ob spezielle Methoden oder Rahmenbegebenheiten im Vor- bzw. Nachfeld der Verfahren zum Einsatz kamen.

Im Quervergleich zwischen den unterschiedlichen Verfahren wurden die jeweiligen Aussagen dann miteinander verglichen und - sofern eine wertende Beurteilung damit einherging - bewertet.

Somit können nachfolgende Aussagen getroffen werden:

Die durchgeführten dialogischen Verfahren sind in Form, Ausgestaltung, Vorlauf, Methoden- und Ressourceneinsatz (etc.) sehr unterschiedlich. Es gibt in Ulm keine bestehenden Vorgaben oder Standards.

Während z.B. für das Bürgerforum zur Landesgartenschau 2030 in einem aufwendigen Verfahren Zufallsbürger*innen ausgewählt und eingebunden wurden, beschränkte sich die Auswahl der Mitwirkenden bei der Neugestaltung Innenstadt auf die Einbindung von Interessensvertreter*innen, die die Interessen und Perspektiven unterschiedlicher Personengruppen stellvertretend einbringen sollten. Der Kreis der Mitwirkenden war beim Bürgerforum zur Landesgartenschau 2030 sowie im Rahmen der Expertenrunden zur Neugestaltung Innenstadt vorgegeben und beschränkt. Die Fokusgruppen beim Stadtteilentwicklungskonzept wurden immer wieder geöffnet und ließen auch im Laufe des Verfahrens noch zu, dass neue Personen mitwirkten.

Standards oder programmatische Leitlinien zur Durchführung der dialogischen Verfahren gibt es nicht. Die prozessverantwortlichen Akteure beschrieben, dass die Verfahren vielmehr auf Basis vorgegebener bzw. zur Verfügung stehender Ressourcen sowie des damit einhergehenden politischen Willens konzipiert wurden.

Eine externe Begleitung der dialogischen Verfahren ist von Vorteil

Alle untersuchten Verfahren wurden von externen Firmen begleitet. Die Begleitung hatte dabei ein unterschiedliches Ausmaß und Zielrichtung. Sie reichte von der kompletten Planung, Organisation und Durchführung ganzer Prozesse, über die Moderation von Veranstaltungen bis hin zu Maßnahmen der Ergebnissicherung. In allen Fällen wurde die externe Begleitung als günstig für das gesamte Verfahren angesehen. Sowohl von den Prozessverantwortlichen als auch den Teilnehmenden. Sowohl Teilnehmende als auch die Prozessverantwortlichen schätzten dabei die zusätzliche Expertise bzw. die hohe Professionalität als auch die zusätzliche Neutralität, welche hierdurch in das Verfahren Einzug finden konnte. Sowohl die prozessverantwortlichen Akteure des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt, als auch die Teilnehmenden befürchteten eine Parteilichkeit der Verwaltung. Dem unerklärten Vorwurf "die Stadtverwaltung hat das Ergebnis doch schon längst beschlossen" konnte somit in der Wahrnehmung der Befragten durch den Einsatz einer externen Begleitung entgegengewirkt werden.

(Ergänzende) Online-Formate wirken gewinnbringend

In allen untersuchten Verfahren wurden neben analogen auch Online-Formate eingesetzt. Diese dienten z.B. als pandemiebedingter Ersatz für ursprünglich geplante Treffen in Präsenz, zur Ergebnissicherung oder als eigenständiges Format für Beteiligung. Letzteres z.B., in Form eines moderierten Forums, über welches weiterhin Meinungen oder Ideen zu noch anstehenden Entscheidungen eingebracht werden können. Unabhängig von der jeweiligen Form der Ausgestaltung erklärten die Beteiligten, dass diese Formate hilfreich für den Gesamtprozess waren. Insbesondere im Bereich der Ergebnissicherung wurde geschätzt, dass über Ergebnisse und Entscheidungsprozesse, die zu diesen Ergebnissen geführt haben, auch noch lange nach dem eigentlichen Verfahren informiert werden konnte.

Neben den oben genannten Aspekten gab es noch eine Reihe weiterer Aspekte, welche in einzelnen Verfahren als besonders positiv wahrgenommen wurden. Aufgrund der fehlenden

Vergleichbarkeit soll auf diese nicht in aller Ausführlichkeit Bezug genommen werden. Da darin jedoch begünstigende Elemente für zukünftige Verfahren verborgen sein können, werden sie im nachfolgenden in tabellarischer Form kurz aufgeführt.

Aspekte	Verfahren	Beschriebener Nutzen
"Quick Wins"	STEK Wiblingen	Geringe Kosten und große Wirkung. Die Umsetzung der Quick Wins während des Verfahrens erzeugten ein hohes Maß an Zufriedenheit und dem Eindruck der (Selbst-)Wirksamkeit, dass das Engagement der Mitwirkung auch tatsächlich was bringt.
Einbindung der Stadtteilkoordination und bestehender (Projekt-)strukturen und Initiativen im Sozialraum	STEK Wiblingen	Passgenaue Ausgestaltung des Verfahrens auf die jeweiligen Begebenheiten im Sozialraum. Die bestehenden Strukturen konnten bestmöglich eingebunden werden. Es entstand ein deutliches Plus in Bezug zur Identifikation mit dem Verfahren und deutlich mehr Menschen konnten zur Mitwirkung gewonnen werden. Auch schon bestehende Projekte und Initiativen, wie Aktionen von Jugend aktiv in Ulm oder der Partnerschaft für Demokratie konnten mit dem STEK verknüpft werden und zum Gesamtergebnis beitragen. Bürger*innen haben dadurch nicht das Gefühl, dass mehrere Beteiligungsprozesse nebeneinander stattfinden.
Zufallsbürger*innen	LGS 2030	Hohes Maß an Diversität bei den Teilnehmenden. Hierdurch völlig neue Diskussionskultur. "Es ist toll, wenn einem beteiligungserprobten 'Berufsbürger' die unverblümte Meinung einer Sechzehnjährigen entgegen gebracht wird."

3.1.2 Informationen zum Nutzen der dialogischen Verfahren

Bei der Bewertung des Nutzens der dialogischen Verfahren, müssen die unterschiedlichen Rollen der befragten Personen berücksichtigt werden. So erklärten Prozessverantwortliche z.B., dass die Durchführung des Bürgerdialogs die Akzeptanz des Vorhabens steigert, geplante Vorhaben bei den Entscheidungsträgern legitimieren und Ansatzpunkte für Nachsteuerungen liefern - sofern es hierfür die Möglichkeit gibt. Teilnehmende hingegen erklärten z.B., dass sie Einfluss nehmen und ihre Interessen vertreten möchten.

All diese Punkte sind richtig und aus der Perspektive der jeweiligen Personengruppen nachvollziehbar. Für die Bewertung eines gesamtgesellschaftlichen Nutzens den die Verfahren mit sich bringen, eignen sich diese Aspekte jedoch nicht, da sie z.T. nur den jeweiligen Blickwinkel wiedergeben. Spannend wird es von daher, wenn hinsichtlich der geäußerten Aspekte Einigkeit herrscht. Das war bei nachfolgenden Punkten der Fall, die hier eingehender beschrieben werden.

Besseres Verständnis von Interessenslagen, (organisatorischen) Zwängen und bestehenden Zusammenhängen

Sowohl Prozessverantwortliche als auch Teilnehmende erklärten, dass sich durch die Durchführung bzw. Mitwirkung an den Verfahren "ihr Horizont erweitert hat". Durch professionelle Vorträge und Informationseinheiten, themenbezogene Debatten und dem intensiven Austausch sei es gelungen Interessenslagen, organisatorische Zwänge und so das jeweilige Gegenüber besser zu verstehen.

Steigerung der wechselseitigen Akzeptanz und der Identifikation mit der Stadt und dem Stadtteil

Ein besseres Verständnis füreinander und bessere Kenntnisse von Hintergründen steigert auch die Akzeptanz füreinander. Im laufenden Verfahren konnten so bestehende Haltungen und Einstellungen unterschiedlicher Interessensgruppen besser nachvollzogen und Raum für Kompromisse geschaffen werden.

Zudem stieg auch auf beiden Seiten der mitwirkenden Akteure die Identifikation mit der Stadt und dem Stadtteil. Teilnehmende beschrieben, dass sie es als Ehre empfanden und mit Stolz erfüllte, mit den städtischen Vertreter*innen an der Gestaltung der Stadt mitwirken zu können. Das erweiterte Wissen über die Stadt und die Beziehungen, welche zu ihren Vertreter*innen aufgebaut werden konnten, steigern die Identifikation mit Ulm. Ähnliches berichteten auch die Prozessverantwortlichen: Die enge Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort führte zu besseren Kenntnissen über die örtlichen Begebenheiten.

Erweiterung der bestehenden Netzwerke

Durch die themenbezogene Zusammenarbeit in den dialogischen Verfahren lernten die Beteiligten sich kennen und bauten Beziehungen zueinander auf. Diese Verbindungen reichen über den jeweiligen Verfahrensprozess hinaus und werden zum informellen Austausch genutzt. Verfahrensstände, zusätzliche Informationen oder einfache Fragen werden infolgedessen direkt und niederschwellig aufgegriffen und besprochen. So haben die Akteure des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt nun z.B. in Wiblingen mehrere Ansprechpersonen, welche kontaktiert werden können, um direkt offene Fragen zu klären. Oder andersherum: Teilnehmende aus Wiblingen wissen genau, wen sie anrufen können, wenn es Fragen zum Stadtteilentwicklungskonzept gibt.

3.1.3 Problemfelder und Verbesserungspotentiale

Im Rahmen der durchgeführten Gespräche gab es nur wenig Aspekte, welche von den Befragten negativ bewertet wurden und zukünftig besser gemacht werden sollten. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch auch, dass die untersuchten Verfahren sowohl bei den prozessverantwortlichen Akteuren des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt, als auch den Teilnehmenden grundsätzlich positiv belegt waren. Zudem verfügten alle drei Verfahren über ausreichend Zeit und einen klar definierten Handlungsrahmen.¹²

Da sich weitere Verbesserungspotentiale nach Perspektive unterscheiden, werden sie nachfolgend in tabellarischer Form zusammengefasst und den jeweiligen Akteursgruppen zugeordnet.

Prozessverantwortliche	
Problemfeld	Beschreibung
Einbindung bestimmter Personengruppen	Als schwierig wurde die Aktivierung und Einbindung bestimmter Personengruppen beschrieben. So wurde z.T. ein enormer Aufwand betrieben um mit möglichst vielen unterschiedlichen Milieus und Personengruppen in einen Austausch treten zu können. Spezielle Personengruppen, wie z.B. Menschen mit internationalen Wurzeln, blieben dennoch oftmals unterrepräsentiert.
Interne Expertise zur	Die Planung, Organisation und Durchführung dialogischer

¹² Ein oftmals geäußelter Kritikpunkt an Teilnehmungsformaten liegt darin, dass Betroffene - vermeintlich oder real - nicht oder zu spät informiert und beteiligt wurden. Verschärft wird dieses Problem, dass sich öffentliche Einrichtungen oftmals scheuen in der Gesellschaft strittige Themen, wie z.B. den Bau einer Mülldeponie, öffentlich zu behandeln. Manche Problemfelder werden zudem vorab nicht erkannt. Begegnet werden könnte dem durch fortlaufende, niedrighschwellige Formate des dialogischen Austauschs.

Durchführung dialogischer Verfahren	Verfahren stellt betroffene Fachkräfte oftmals vor besondere Herausforderungen: Sie sind hierfür nicht explizit ausgebildet und müssen sich häufig erst in eine fremde Materie einarbeiten. Externe Firmen können hierbei entlastend und hilfreich wirken, müssen aber in die örtlichen Begebenheiten eingeführt und begleitet werden.
Teilnehmende	
Transparenz und Nachhaltigkeit in den Verfahren	Die Möglichkeit mitzuwirken hatte etwas Exklusives. Diese Exklusivität vermittelte jedoch auch den Eindruck, in sich zu sehr geschlossen und nach außen hin abgegrenzt zu sein. Zudem wurde bemängelt, dass bestimmte Verfahrensabläufe unklar blieben bzw. zu Unsicherheit führten. "Wer weiß schon, was davon dann später auch tatsächlich umgesetzt wird..."

3.1.4 Fazit

Bis auf wenige kritische Aspekte äußerten sich die Befragten grundsätzlich positiv zu den untersuchten Verfahren. Dem Bürgerdialog wurde dabei - je nach Perspektive und mit unterschiedlichen Gewichtungen - insgesamt ein großer Mehrwert beschieden.

Interessant gestaltet sich, dass sich der erklärte Nutzen der dialogischen Verfahren nicht zwingend in anderen Arbeitsergebnissen widerspiegelt. So erklärten die prozessverantwortlichen Akteure, dass sich durch den Austausch zwar Prioritäten und Schwerpunkte verschoben hätten, die ursprüngliche Planung aber - wenn überhaupt - nur akzentuiert verändert habe. Dennoch, so erklärten übereinstimmend alle befragten Prozessverantwortlichen, habe sich die Durchführung der dialogischen Verfahren massiv gelohnt. Dieser Nutzen ergibt sich auf persönlicher und gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Zusammenfassend werden positive und negative Aspekte der untersuchten Verfahren stichwortartig in nachfolgender Tabelle dargestellt.

Positiv	Negativ
Externe Begleitung der Verfahren	Fehlende interne Expertise für die Durchführung
(Ergänzende) Online-Formate	Transparenz und Nachhaltigkeit der Verfahren werden nicht sichergestellt
Besseres Verständnis von Interessenslagen, (organisatorischen) Zwängen und bestehenden Zusammenhängen	Einbindung bestimmter Personengruppen gestaltet sich herausfordernd und gelingt kaum
Steigerung der wechselseitigen Akzeptanz und der Identifikation mit der Stadt und dem Stadtteil	
Erweiterung der bestehenden Netzwerke	

Im Gegensatz zu den dialogischen Verfahren wird innerhalb der auf Langfristigkeit angelegten dialogischen Strukturen weniger experimentiert. Das 25jährige Jubiläum des Ulmer Dialogmodells haben Stadtverwaltung und Regionale Planungsgruppen jedoch zum Anlass genommen in Klausur zu gehen und einen eigenen Weiterentwicklungsprozess zu starten. Auf diesen wird im nachfolgenden Kapitel eingegangen.

3.2 Weiterentwicklung der Regionalen Planungsgruppen

Über die Aktivitäten der Regionalen Planungsgruppen gibt es viele Berichte. So gab es seit der Etablierung des Ulmer Dialogmodells zahlreiche Berichterstattungen in Ausschüssen und vor dem

Gemeinderat. Im Fokus standen dabei in aller Regel Tätigkeitsbeschreibung und Themenfelder mit denen sich die Regionalen Planungsgruppen beschäftigen. Bestrebungen für eine systematische Weiterentwicklung der Regionalen Planungsgruppen erfolgten bislang nicht. Diesem Umstand wird aktuell begegnet: Um Herausforderungen und Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der Regionalen Planungsgruppen herausfinden zu können, wurde eine Online-Umfrage entwickelt und durchgeführt. Diese Umfrage stellt aktuell die Basis für den Weiterentwicklungsprozess dar. In gemeinsamen Terminen von Stadtverwaltung und Akteuren der RPGen werden Umfrageergebnisse bewertet und Handlungsschritte abgeleitet.

Der Weiterentwicklungsprozess hat mit der Zukunftswerkstatt am 30.09.22 einen Anfang gefunden und soll im Jahr 2023 abgeschlossen werden. Prozessbeteiligt sind die Regionalen Planungsgruppen selbst, die Fachkoordination Sozialraummanagement und die strategische Sozialplanung. Die Veröffentlichung von Ergebnissen aus diesem Weiterentwicklungsprozess ist zum Jahresanfang 2024 vorgesehen. Im nachfolgenden werden zusammenfassend erste Erkenntnisse aus der Online-Umfrage und den gemeinsamen Terminen zusammengefasst.¹³

Rahmenorganisation und Rücklauf der Umfrage

Für die Anschreiben zur Online-Umfrage wurden die Verteilerlisten der Regionalen Planungsgruppen genutzt. Befragt wurden somit alle Teilnehmenden und Mitwirkenden in den RPGen. Dies beinhaltet somit Bürgerinnen und Bürger, Ansprechpersonen der Verwaltung, Vertretungen des Gemeinderats und beruflich im Sozialraum aktive Personen.

An der Online-Umfrage teilgenommen haben vorwiegend aktive Bürger*innen (79 Rückmeldungen) und beruflich im Sozialraum aktive Personen (27). Mit lediglich drei Rückmeldungen von Ansprechpersonen der Verwaltung sind diese nur in geringem Anteil erfasst. Zudem gingen neun Rückmeldungen von Vertretungen des Gemeinderats ein. Im Erhebungszeitraum wurden insgesamt 111 Fragebögen vollständig ausgefüllt.

Hinsichtlich der Verteilung der Rückmeldungen auf die jeweiligen Sozialräume sind Unterschiede zu erkennen. Hier fällt auf, dass aus dem Sozialraum Eselsberg mit 37 Rückmeldungen mehr als dreimal so viele Rückmeldungen erfolgten als aus dem Sozialraum Mitte/Ost mit lediglich 12 Rückmeldungen. Diese Unterschiede lassen sich jedoch gut durch bestehende Unterschiede in der Größe der Regionalen Planungsgruppen und deren Mail-Verteilerlisten erklären. Insgesamt erscheint der Rücklauf der Fragebögen sowohl was die teilnehmenden Personengruppen als auch die Verteilung der Rückmeldungen auf die Sozialräume betrifft, stimmig und aussagekräftig.

Themenfelder und erste Erkenntnisse

Der Fragenkatalog der Online-Umfrage umfasst drei Themenfelder: Zusammensetzung der Regionalen Planungsgruppen, Akzeptanz der bestehenden Struktur und Nutzen der Mitwirkung sowie Herausforderungen, die in der Arbeit innerhalb der RPGen gesehen werden.

Wesentliche Erkenntnisse lassen sich wie nachfolgend zusammenfassen:

- In den Augen der befragten Personen erscheint die Personengruppe der Älteren (65 Jahre+), Erwachsenen (18 bis 65 Jahre) sowie der Menschen mit deutschen Wurzeln in den RPGen gut vertreten. **Besser vertreten sein könnten Kinder und Jugendliche, Menschen mit internationalen Wurzeln und Menschen mit Behinderung.**
- Der Großteil der befragten Personen ist **mit den formalen Rahmenbedingungen der RPGen sehr zufrieden**. Besonders zufrieden ist man mit der Sitzungsorganisation sowie der Vielfalt der behandelten Themen in den Regionalen Planungsgruppen. Besser werden

¹³ Die kompletten Ergebnisse aus der Online-Umfrage zum Bürgerdialog in den RPGen können in Anlage 1 eingesehen werden.

könnte man im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sowie in der aktiven Arbeit in Form von eigenen Arbeitsgruppen oder eigener Veranstaltungen.

- Auch hinsichtlich der Wirksamkeit der RPGen als Instrument des Bürgerdialogs zeigen sich die befragten Personen zufrieden. Mehr als **75% der befragten Personen halten die RPGen für wirkungsvoll.**
- Diese positive Einschätzung spiegelt sich auch hinsichtlich der Interessen der befragten Personen wieder. So erklärt ein Großteil, dass **individuelle Interessen von den RPGen wahrgenommen und auch nach außen hin vertreten werden.** Dabei fällt die Zufriedenheit zwischen der Wahrnehmung unterschiedlicher Interessen und der Zufriedenheit hinsichtlich der Interessensvertretung nach außen nur geringfügig.
- Deutlich schlechter fallen die Beurteilungen hinsichtlich des Bekanntheitsgrades und der Wahrnehmung der RPGen als Instrument der Einmischung aus. Der Großteil der befragten Personen geht davon aus, dass **die RPGen im Stadtteil weitgehend unbekannt** sind.
- Hinsichtlich bestehender Herausforderungen gibt es gravierende Unterschiede in der Wahrnehmung der jeweiligen RPGen. Grundsätzlich bemängelt wird, dass es zu **wenig Mitwirkende** in den RPGen gibt und es an **Bereitschaft fehlt, sich bei der Erfüllung von Aufgaben aktiv einzubringen.**

Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der RPGen

Auf Basis dieser Erkenntnisse wird gegenwärtig weitergearbeitet. In einem ersten Schritt steht nun die Verbesserung der Wahrnehmung der Regionalen Planungsgruppe als Instrument der Einmischung im Mittelpunkt. Erreicht werden soll dies durch die Entwicklung gemeinsamer Leitlinien und gemeinsamer Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Zudem bestehen Überlegungen proaktiv auf unterschiedliche Personengruppen zuzugehen und hierdurch die Diversität und das Aktivitätsniveau der RPG zu steigern. Weiter soll im direkten Austausch mit internationalen Ulmer*innen aber auch mit Menschen mit Behinderung erforscht werden, ob und inwiefern die RPGen auch für diese Zielgruppen ein geeignetes Format zum Dialog sein könnte bzw. welche Formate diese Zielgruppen aktuell nutzen, um ihren Anliegen als Bürger*innen Gehör zu verschaffen.

3.3 Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der dialogischen Partizipation in Ulm

Die Experteninterviews zu dialogischen Verfahren sowie der Weiterentwicklungsprozess der RPGen lassen verschiedene Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der dialogischen Partizipation in Ulm erkennen, die wir im nachfolgenden in Form von Handlungsempfehlungen darstellen.

Handlungsempfehlung 1

Etablierung einer Koordinierungs- und Anlaufstelle zum Bürgerdialog

Ziel: Bessere Abstimmung der dialogischen Aktivitäten der Stadtverwaltung

Begründung

Bei einer eingehenden Betrachtung fällt auf, dass die dialogischen Aktivitäten der Ulmer Stadtverwaltung bislang nur in Teilen organisatorisch verankert sind. So gibt es zwar für alle dialogischen Elemente der Beteiligung Ansprechpersonen. Diese sind jedoch in unterschiedlichen Abteilungen und Fachbereichen verortet. Ein Großteil der dialogischen Verfahren und Strukturen wird zudem oftmals allein von der durchführenden Fachabteilung verantwortet, organisiert und umgesetzt. Dies betrifft z.B. einen Großteil der dialogischen Aktivitäten des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt, der digitalen Agenda oder des Fachbereichs Bildung und Soziales.

Hierdurch können in den unterschiedlichen Fachabteilungen zwar Fachwissen und Kompetenzen entwickelt und ausgebaut werden. Zudem können dialogische Elemente zielgerichtet für die

verfolgten Zwecke entwickelt werden. Allerdings wird dieses erworbene Wissen bisher nicht zusammengeführt.

Zur besseren Transparenz und zur Bündelung der verschiedenen Beteiligungs- und Dialogverfahren wird deshalb beim Thema Open Government ein großer Schwerpunkt auf den Bürgerdialog gelegt. Bei der Digitalen Agenda wird das Aufgabenspektrum im Rahmen Open Government daher, neben der technischen Umsetzung der Beteiligungsplattform, auch auf die organisatorischen Aspekte der dialogischen Beteiligung gelegt. Dementsprechend soll auch dort die Koordinierungs- und Anlaufstelle etabliert werden, welche ein verwaltungsübergreifendes Netzwerk aufbaut und koordiniert. Für diese Aufgabe steht bereits eine durch die Digitale Roadmap finanzierte Stelle zur Verfügung. Die Erfahrung der nächsten Zeit wird zeigen, ob dies ausreicht, um die damit verbundenen Aufgaben zu bewältigen.

Dies stellt einen sinnhaften Weiterentwicklungsprozess dar und wirkt folgenden Risiken entgegen:

- Gefahr von Parallelprozessen, z.B. in Form mehrerer Beteiligungsmaßnahmen in einem Stadtteil
- unzureichende interne und externe Kommunikation; schlecht aufeinander abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit
- Wissen, das in der Durchführung von Beteiligungsverfahren gesammelt wird, geht verloren; ein gemeinsames Lernen im Prozess ist kaum möglich

Mit der Unterstützung des Netzwerkes liegt die Aufgabe der Koordinierungs- und Anlaufstelle zum Bürgerdialog in der Schnittstellenkoordination und dabei vor allem in der Bündelung und Weitergabe von Wissen sowie in der Beratung von Verfahren und Projekten. Sie fungiert als Schnittstelle zwischen einzelnen Abteilungen und koordiniert Beteiligungsverfahren. Zudem ist sie innerhalb der Stadtverwaltung Thementreiber und Motor für die Realisierung der anderen Handlungsempfehlungen im Bereich Bürgerdialog.

Im Rahmen der langfristigen Maßnahmen der Smart City Förderung soll die Weiterentwicklung und Umsetzung des Bürgerdialogs in innovativen Verfahren wie der aufsuchenden Beteiligung ein Schwerpunktthema sein.

Handlungsempfehlung 2

Erarbeitung und Verabschiedung eines Orientierungsrahmens für den Bürgerdialog in Ulm

Ziel: Stärkung dialogischer Aktivitäten und Schaffung von mehr Transparenz

Begründung

Die dialogischen Aktivitäten der Ulmer Stadtverwaltung sind insbesondere bei den dialogischen Verfahren in Form, Ausgestaltung, Vorlauf, Ressourceneinsatz, etc. sehr unterschiedlich. Arbeitshilfen oder einen Orientierungsrahmen, welche die dialogischen Aktivitäten in Ulm zusammenfassen und darstellen, gibt es nicht.

Dieser Umgang birgt den großen Nachteil in sich, dass die dialogischen Aktivitäten der Stadtverwaltung in der Außenwahrnehmung oftmals willkürlich und zufällig erscheinen. Zudem erschwert er den Handlungsrahmen der verantwortenden Akteure, da diese auf keine Orientierungshilfen zur Ausgestaltung und Durchführung dialogischer Aktivitäten zurückgreifen können.

Eine Möglichkeit dem zu begegnen, liegt in der Erarbeitung und Verabschiedung eines Orientierungsrahmens für den Bürgerdialog in Ulm. Innerhalb dessen werden dialogische Elemente definiert und dargestellt. Dies beinhaltet einerseits eine möglichst umfassende Darstellung der unterschiedlichen dialogischen Strukturen und wie die interessierte Bürgerschaft daran mitwirken kann. Andererseits stellt er beispielhaft Handlungsschritte für die Ankündigung, Durchführung und Sicherstellung dialogischer Verfahren sowie damit einhergehende Umsetzungsschritte der Stadtverwaltung dar.

Hierdurch sorgt der Orientierungsrahmen in der Außenwahrnehmung für mehr Transparenz. In der Innenwahrnehmung trägt er zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der dialogischen Aktivitäten der Stadtverwaltung bei. Bei der Erarbeitung des Orientierungsrahmens werden bestehende Dokumente wie der Leitfaden zur Online-Beteiligung¹⁴ berücksichtigt bzw. miteinander verknüpft.

Beispiele aus anderen Kommunen für einen entsprechenden Orientierungsrahmen gibt es viele. Auszugsweise sei hier auf die Leitlinie informelle Bürgerbeteiligung in Stuttgart¹⁵ sowie auf die Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg¹⁶ verwiesen.

Handlungsempfehlung 3

Etablierung der Teilnehmungsplattform als zentralen Kommunikationsknoten für Bürgerdialog

Ziel: Sicherstellung von Kommunikation, Transparenz und Nachhaltigkeit

Begründung

Neben unklarer Rahmenbedingungen WANN, WIE und IN WELCHEN FÄLLEN dialogische Verfahren durchgeführt werden liegt ein weiteres Problem der dialogischen Partizipation in Ulm in der intransparenten Umsetzung - vor allem im Nachgang spezifischer Verfahren. So können Teilnehmende oftmals nicht mehr nachvollziehen, warum bestimmte Aspekte in Planung und Umsetzung berücksichtigt wurden, andere hingegen nicht. Neben definierter Leitlinien, welche dialogische Verfahren im Allgemeinen regeln, braucht es deshalb klarer Kanäle und Strukturen, welche den Austausch auch nach Abschluss einer bestimmten Zeitspanne sicherstellen.

Hilfreich hierbei kann die Zugänglichmachung stattgefundener Debatten, Dialoge und Entscheidungen über Onlineformate sein. **Ein großes Potential liegt deshalb in der Etablierung der Teilnehmungsplattform als zentralen Kommunikationsknoten für den Bürgerdialog in Ulm.**

Im Gegensatz zu anderen Kommunikationskanälen liegt der Vorteil der Online-Plattform als zentralen Kommunikationsknoten in der zeitlichen Unabhängigkeit: dialogische Aktivitäten werden hier dauerhaft kommuniziert und zugänglich gemacht. Die Öffentlichkeit wird hier sowohl im Vorfeld, während und im Nachlauf dialogischer Verfahren informiert und eingebunden.

So ermöglicht eine digitale Teilnehmungsplattform es einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern auf wichtige Informationen zuzugreifen, am Meinungsbildungsprozess teilzunehmen, gemeinsame Ideen zu entwickeln und diese für alle sichtbar zu teilen und weiter auszuarbeiten. Im Nachhinein können Entscheidungsprozesse durch eine lückenlose Dokumentation nachvollzogen werden.

Darüber hinaus können themenorientierte Teilnehmungsboards mit Abstimmungs- und Kommentarfunktion gestaltet werden. Auch Karten und ein allgemeines Infoportal können hierbei integriert werden. Eine Teilnehmungsplattform hat eine hohe Reichweite und bieten zudem den Vorteil der Vernetzung der Teilnehmenden untereinander. Kurzum - sie bieten den großen Vorteil der einfachen Informationsverbreitung.

Im Rahmen des Smart City Projekts Ulm4CleverCity wurde die Weiterentwicklung der Teilnehmungsplattform im Gemeinderat bereits beschlossen.¹⁷ Der Weiterentwicklungsprozess wird im Jahr 2023 von der Digitalen Agenda neu aufgesetzt. Die Etablierung der Teilnehmungsplattform als zentraler Kommunikationsknoten erfolgt daran anschließend im Zusammenspiel mit der Koordinierungs- und Anlaufstelle zum Bürgerdialog in Ulm (HE 1) und der Erarbeitung und Verabschiedung eines Orientierungsrahmens für den Bürgerdialog in Ulm (HE 2).

¹⁴ siehe <https://www.ulm.de/-/media/ulm/zda/downloads/beteiligung/leitfaden-online-beteiligung.pdf> (22.11.22)

¹⁵ siehe <https://stuttgart-meine-stadt.de/leitlinie/> (09.12.22)

¹⁶ siehe <https://www.heidelberg.de/hd/HD/Rathaus/Leitlinien+Buergerbeteiligung.html> (09.12.22)

¹⁷ vgl. GD 304/21, Anlage 3

Dabei gilt ein besonderes Augenmerk bei der Etablierung der Beteiligungsplattform als zentralen Kommunikationsknoten vulnerablen Personengruppen: die Etablierung darf nicht damit einhergehen, dass Menschen die vorher schon in ihren Teilhabe-Möglichkeiten begrenzt wurden, fortführend abgehängt werden. Hierfür müssen in einem weiteren Schritt gezielt Maßnahmen, wie z.B. die Übersetzung bestimmter Seiteninhalte in leichte Sprache, eine barrierefreie Seitengestaltung und die Gewinnung wohnortnaher Multiplikator*innen, welche als analoge Ansprechpersonen und Übersetzer*innen wirken, entwickelt werden.

Handlungsempfehlung 4

Unterstützung des Weiterentwicklungsprozesses der Regionalen Planungsgruppen

Ziel: Steigerung der Diversität und Stärkung wohnortnahen Dialogs

Begründung

Über wohnortnahe dialogische Strukturen kann ein Dialog jederzeit und niedrigschwellig aufgebaut und gepflegt werden. Hier können sowohl Stadtverwaltung als auch Bürgerschaft Dialoge initiieren. Ganz nachdem wo der Schuh drückt oder Themen des Interesses bestehen. Zudem ist im direkten Wohnumfeld der Menschen deren unmittelbare Betroffenheit besonders ausgeprägt. Somit können über eine Stärkung wohnortnaher dialogischer Strukturen mehr Menschen unmittelbar und niedrigschwellig angesprochen und eingebunden werden.

Mit den Regionalen Planungsgruppen besteht bereits eine Struktur für wohnortnahen Dialog. Doch der Bekanntheitsgrad und die Wahrnehmung dieser Struktur ist wenig ausgeprägt.

Zudem fehlt den RPs ein einheitliches Profil, welches grundlegende Haltungen und Gemeinsamkeiten aller Planungsgruppen beinhaltet und somit im Rahmen der Qualitätssicherung nach außen hin ein Mindestmaß an Transparenz und Vergleichbarkeit sicherstellt.

Diesen Umstand haben die Regionalen Planungsgruppen erkannt und stellen sich ihm im Rahmen ihres Weiterentwicklungsprozesses: Über die Erstellung gemeinsamer Leitlinien der Regionalen Planungsgruppen nach welchen Werten, Haltungen und Regeln diese den Dialog im Sozialraum wahrnehmen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit soll hier Abhilfe geleistet und der wohnortnahe Dialog im Ganzen gestärkt werden. Die Regionalen Planungsgruppen haben sich mit Unterstützung der Stadtverwaltung im Rahmen der Zukunftswerkstatt am 30.09.2022 bereits auf einen Weg gemacht, entsprechende Regelungen zu erarbeiten und zu verabschieden. Dabei sollten die RPs auch zukünftig durch die Stadtverwaltung unterstützt werden.

Im Fokus dieser Unterstützung steht die Mitwirkung bei der Erstellung gemeinsamer Leitlinien, der Entwicklung gemeinsamer Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und daran mitzuwirken die Diversität in der Zusammensetzung der RPs zu steigern.

Wie in Kapitel 2 beschrieben steht die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement in enger Beziehung zur politischen Partizipation. Doch wie ist es um das bürgerschaftliche Engagement in Ulm bestellt?

4. Bürgerschaftliches Engagement in Ulm

Auch in Ulm hat bürgerschaftliches Engagement vielfältige Formen: organisiertes Engagement findet sich in zahlreichen eingetragenen Vereinen und Verbänden. Es widmet sich vielfältiger Aufgabenbereiche z.B. im Sport, Bildung, Gesundheit, im Rettungsdienst oder bei Freiwilligen Feuerwehren. Auch im interkulturellen Bereich als Migrantenselbstorganisationen, frauenbewegt oder im Einstehen für mehr Inklusion oder die Belange der Jugend oder im Alter engagieren sich viele Bürger*innen in Ulm seit Jahrzehnten. Zudem gibt es ein ausgeprägtes Engagement in Zusammenschlüssen ohne eigene Rechtsform, wie in Selbsthilfe- oder Krabbelgruppen und darüber

hinaus eine Vielzahl spontanen und kurzfristigen Engagements wie z.B. im Rahmen nachbarschaftlicher Hilfe in Pandemiezeiten oder bei einmaligen Einsätzen wie im Rahmen des Fischerstechens oder in der Kulturnacht.

Innerhalb dieser Berichterstattung ist es nicht möglich unorganisierte, spontane und kurzfristige Formen Bürgerschaftlichen Engagements zu erfassen und zu behandeln. Um dennoch Erkenntnisse zum Bürgerschaftlichen Engagement in Ulm gewinnen zu können, gehen wir im Folgenden auf das Bürgerschaftliche Engagement in Ulmer Organisationen ein. Nachfolgend betrachten wir bestehende Strukturen der kommunalen Engagementförderung. Abschließend fassen wir Erkenntnisse aus unserer Erhebung in Handlungsempfehlungen zur weiteren Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm zusammen.

4.1 Online-Umfrage zum Bürgerschaftlichen Engagement in Organisationen

Um einen genaueren Eindruck über das Bürgerschaftliche Engagement in Ulmer Organisationen zu erlangen, fand eine ausgiebige Internetrecherche statt. Daran anschließend wurde eine Online-Umfrage bei Ulmer Verbänden, Vereinen und Blaulichtorganisationen durchgeführt.

Im Rahmen der Internetrecherche ging es darum, einen grundsätzlichen Überblick davon zu bekommen, in welchen Organisationen sich Bürgerschaftlich Engagierte einbringen und wie diese Organisationen für eine anschließende Online-Umfrage erreicht werden können. Differenziert wurde hierfür zwischen Verbänden, Vereinen und Blaulichtorganisationen.

Unter **Verbände** verstehen wir den Zusammenschluss mehrerer kleiner Einheiten unter einem organisatorischen Dach. Beispiele hierfür stellen in Ulm z.B. die Gesamtkirchengemeinden dar, unter deren Dach sich die jeweiligen Kirchengemeinden in den Ulmer Ortschaften befinden. Ein weiteres Beispiel stellen aber auch überregional wirkende Organisationen wie Amnesty International oder Greenpeace dar. Hier gibt es oftmals regional wirkende Einheiten. Der Stammsitz der Dachorganisation befindet sich aber nicht unbedingt in Ulm.

Vereine stellen die zahlenmäßig größte Organisationsform dar, innerhalb derer sich Bürgerschaftlich Engagierte einbringen. Differenziert werden kann zwischen eingetragenen und nicht eingetragenen, gemeinnützigen und wirtschaftlichen Vereinen.¹⁸

Blaulichtorganisationen sind Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und stellen die dritte Organisationsform dar, innerhalb derer Bürgerschaftliches Engagement in Ulm stattfindet. Hierzu zählen z.B. die freiwilligen Feuerwehren, aber auch das Technische Hilfswerk und der Arbeiter-Samariter-Bund.

Begrenzte Informationen

Die Informationen, die im Rahmen der Internetrecherche gewonnen werden konnten sind begrenzt. Differenzierte Informationen inwiefern die Organisationen bestimmte Interessenbereiche abdecken (z.B. wie viele Migranten- bzw. Behindertenorganisationen haben einen Vereinsstatus, wie viele Frauenorganisationen gibt es), welchen Vereinszweck (z.B. Förderung der Jugend- und Altenhilfe, Kunst und Kultur, Heimatpflege und Heimatkunde, u.v.m.) sie verfolgen, ob sie den Rechtsstatus der Gemeinnützigkeit innehaben oder wo in Ulm sie ihren Sitz haben, konnten nicht in Erfahrung gebracht werden.

¹⁸ Um einen Überblick zur Vereinslandschaft in Ulm zu erlangen wurde das Handelsregister auf entsprechende Einträge hin untersucht. Hierdurch konnten 1059 eingetragene Vereine in Ulm identifiziert werden. Anschließend wurden diese Einträge über Online-Suchmaschinen nach Internetpräsenzen und veröffentlichten e-Mail-Adressen hin überprüft. Ergänzt wurde diese Auflistung durch städtische Schlüsselakteure wie z.B. die Kollegen der Sportförderung, welche in engem Austausch mit Ulmer Sportvereinen stehen.

Infolge der Internetrecherche konnten 18 Verbände, 27 Blaulichtorganisationen und 551 eingetragene Vereine mit Bezug zu Ulm für die Online Umfrage angeschrieben werden. Die Umfrage selbst richtete sich an Vereinsvorstände, hauptamtliche Fachkräfte und Personen in Führungspositionen. Durchgeführt wurde die Online-Umfrage von 21.06.22 bis 14.08.22.

Die Fragen der Online-Umfrage lassen sich in drei Bereiche untergliedern:

- 1) Allgemeine Informationen über die Organisationen
- 2) Informationen zum Engagement
- 3) Bestehende Herausforderungen

Wesentliche Erkenntnisse aus der Befragung werden in den nachfolgenden Kapiteln beschrieben.¹⁹

4.1.1 Rücklauf und allgemeine Informationen über die Organisationen

Zum Abschluss der Umfrage lagen 257 vollständig ausgefüllte Fragebögen vor. 27 Vertreter*innen von Verbänden, 207 Vertreter*innen eines Ulmer Vereins und 23 Vertreter*innen einer Blaulichtorganisation haben an der Umfrage teilgenommen. Bei der Auswertung berücksichtigt werden muss jedoch, dass an der Umfrage auch mehrere Personen derselben Organisation teilnehmen konnten. Hierdurch lässt sich erklären, dass mehr Rückmeldungen von Verbandsvertreter*innen eingegangen sind, als überhaupt Verbände angeschrieben wurden.

Hinsichtlich der Verteilung auf unterschiedliche Personengruppen kann festgestellt werden, dass an der Befragung insgesamt 37 hauptamtliche und 228 ehrenamtliche Führungskräfte teilgenommen haben.

Bei der Verteilung auf unterschiedliche Tätigkeitsbereiche lässt sich eine erfreuliche Vielfalt erkennen. So gingen zu allen Tätigkeitsbereichen Rückmeldungen ein. Die meisten Rückmeldungen erfolgten von Personen deren Organisationen in den Bereichen Kultur & Musik, Sport & Bewegung und im Sozialen Bereich tätig sind. Eine genaue Auflistung ist nachfolgender Abbildung zu entnehmen.

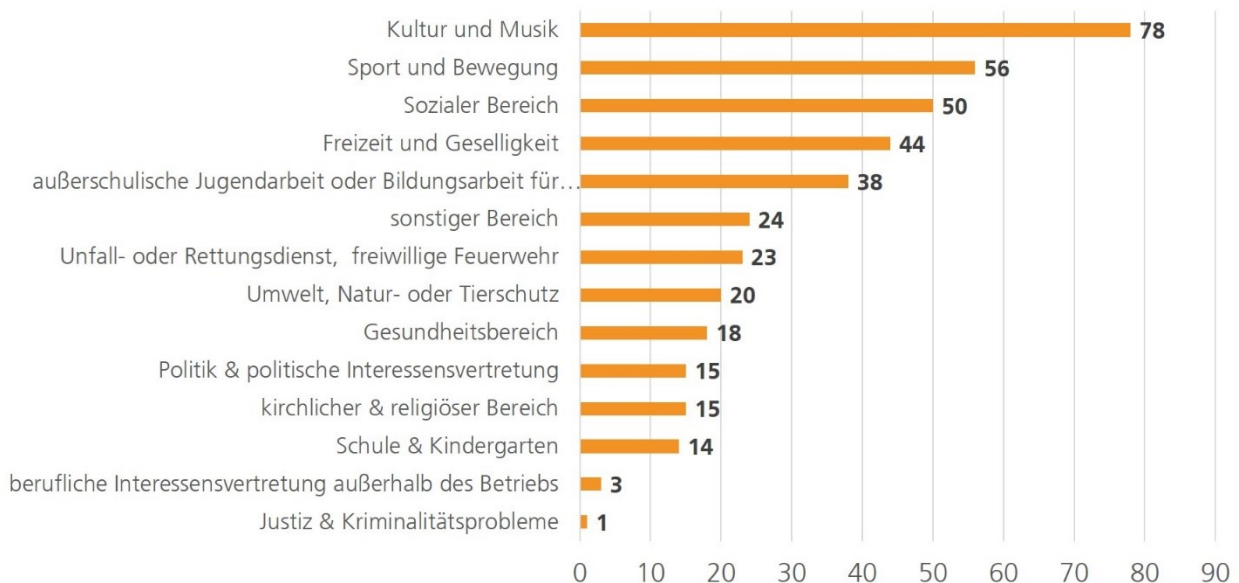


Abb. 2: In welchem Bereich ist Ihre Organisation tätig? (Multiple Choice/ Mehrfachnennungen möglich); Eigene Darstellung

¹⁹ Die kompletten Ergebnisse aus der Online Umfrage zum Bürgerschaftlichen Engagement in Ulmer Verbänden, Vereinen und Blaulichtorganisationen können in Anlage 2 eingesehen werden.

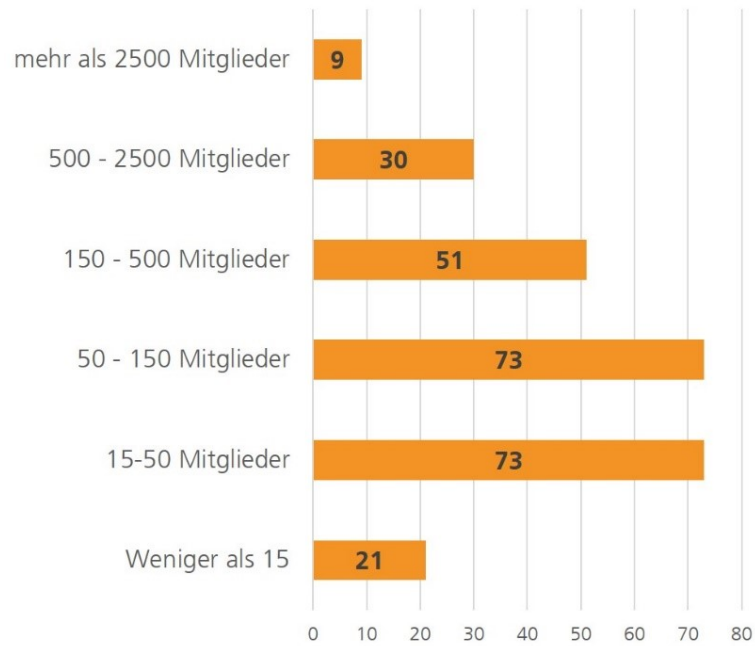


Abb. 3: Wie viele Mitglieder hat Ihre Organisation? (Single Choice); Eigene Darstellung

Bemerkenswerte Unterschiede bestehen hinsichtlich der Größe der teilnehmenden Organisationen. Hier ist ebenfalls eine breite Streuung zu erkennen, wenngleich mehr als die Hälfte der teilnehmenden Organisationen weniger als 150 Mitglieder hat.

Insgesamt erscheint die Teilnahme an der Online-Umfrage erfreulich hoch und das Teilnehmerfeld breit und vielschichtig. Die Umfrage ermöglicht einen guten Ein- und Überblick zu den unterschiedlichen Organisationen Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm.

Berücksichtigung von Vielfalt

Um Erkenntnisse zur Berücksichtigung von Vielfalt in den Organisationen erlangen zu können wurde abgefragt inwiefern bestimmte Personengruppen in den Organisationen vertreten sind und welche Personengruppen stärker vertreten sein sollten. Die Rückmeldungen welche Personengruppen vertreten sind in absteigender Reihenfolge:

- Erwachsene (18-65 Jahre): 247 (Nennungen)
- Menschen mit deutschen Wurzeln: 192
- Menschen unterschiedlichen Geschlechts 179
- Ältere (65 Jahre und älter): 173
- Menschen mit internationalen Wurzeln: 165
- Menschen ohne Behinderung: 128
- Kinder und Jugendliche: 118
- Menschen mit Behinderung: 98
- Sonstige: 14

Stärker vertreten sein sollten

- Erwachsene (18-65 Jahre): 110
- Kinder und Jugendliche: 95
- Menschen mit internationalen Wurzeln: 67
- Sonstige: 55
- Menschen mit Behinderung: 46
- Menschen unterschiedlichen Geschlechts: 32
- Menschen mit deutschen Wurzeln: 28

- Ältere (65 Jahre und älter): 27
- Menschen ohne Behinderung: 18

Sonstige Nennungen bezogen sich auf weiterführende Persönlichkeitsmerkmale wie z.B. Menschen mit Adipositas, queere Menschen oder Menschen mit naturwissenschaftlichem Interesse. Eine exakte Auflistung kann Anlage 2 entnommen werden.

4.1.2 Informationen zum Bürgerschaftlichen Engagement

Um Informationen zum Bürgerschaftlichen Engagement innerhalb der Organisationen zu erlangen, ist die Mitgliederzahl nur bedingt geeignet. Sie gibt zwar grob Auskunft darüber, wie viele Personen den Vereinszweck gutheißen und diesen - in aller Regel - mit einem Mitgliedsbeitrag finanziell unterstützen. Inwiefern sich Personen tatkräftig zur Erfüllung des Vereinszwecks engagieren, kann der Mitgliederzahl nicht entnommen werden. Vor allem, da es gut möglich ist, dass sich Personen in einer Organisation engagieren ohne dort eine formelle Mitgliedschaft eingegangen zu sein.

In einer Folgefrage wurde von daher nach der Anzahl der Personen gefragt, welche sich regelmäßig zur Erfüllung des Organisationszwecks einbringen. Von einem regelmäßigen Engagement kann dabei ausgegangen werden, wenn der Einsatz mindestens 80 Stunden pro Kalenderjahr entspricht.²⁰

Bezogen auf die unterschiedlichen Organisationsarten lassen sich bei dieser Frage große Unterschiede feststellen: in Vereinen engagieren sich durchschnittlich knapp 17 Personen, in Verbänden 21 Personen und in Blaulichtorganisationen knapp 48 Personen. Zu berücksichtigen sind bei dieser Anzahl jedoch auch die unterschiedlichen Größen der Organisationen und eine damit einhergehende große Streuung. Diese ist bei Blaulichtorganisationen z.B. am Größten. Dort kommt zum Tragen, dass einzelne Blaulichtorganisationen bis zu 2200 aktive Mitglieder haben.

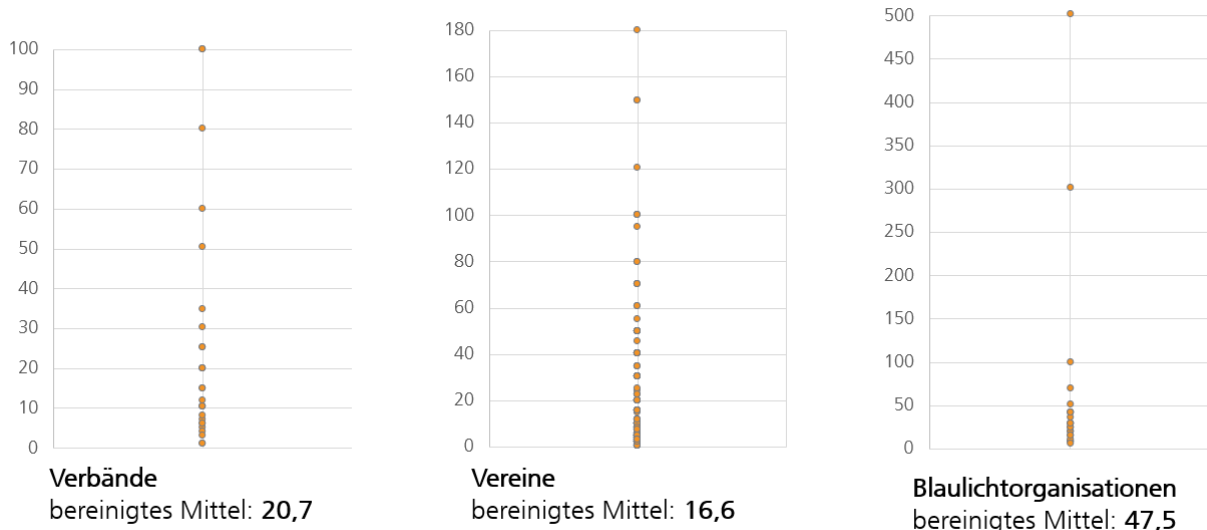


Abb. 4: Wie viele Personen engagieren sich in ihrer Organisation regelmäßig? (freie Zahlenangabe); Eigene Darstellung

Neben der Abfrage wie viele Personen sich in den jeweiligen Organisationen engagieren, ist von Interesse, ob die Organisationen ihrerseits Maßnahmen verfolgen bürgerschaftliches Engagement zu fördern bzw. bestehende Angebote hierfür wahrnehmen.

²⁰ Dies entspricht 1½ bis 2 Stunden pro Woche.

Maßnahmen der Organisationen zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements

Eine zentrale Anlaufstelle zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm ist engagiert in ulm e.V. So sind z.B. die Vermittlung von Engagierten und die Beratung von gemeinnützigen Organisationen Kernaufgaben von engagiert in ulm e.V.

Im Rahmen der Befragung konnte jedoch festgestellt werden, dass 56% der befragten Organisationsvertreter*innen engagiert in ulm e.V. überhaupt nicht kennen. Von den Organisationen, welchen engagiert in ulm e.V. bekannt ist, profitieren diese am meisten von der Freiwilligenmesse/ engagier-Dich-Woche (58 Nennungen), der Engagementberatung und -vermittlung (45 Nennungen) und der Datenbank für bürgerschaftliches Engagement (39 Nennungen). Grundsätzlich erscheint der Bekanntheitsgrad von engagiert in ulm e.V. jedoch ausbaufähig.

Weiterhin stellen Formen der Anerkennung eine Möglichkeit dar, wie die Organisationen ihrerseits das Engagement ihrer Aktiven fördern können.

Mehr als 50% der befragten Personen gaben hierbei an, dass innerhalb ihrer Organisation Feiern & Festivitäten durchgeführt werden. Ca. 35% führen eigene Ehrungen durch und 8% wirken bei der Ausstellung der FreiwilligenCard mit. Darüber hinaus gab es eine Reihe weiterer Nennungen, wie die Ausgabe von Dankeschön-Geschenken oder die Ausstellung von Zeugnissen. Nur vier Personen erklärten innerhalb ihrer Organisation bürgerschaftliches Engagement nicht explizit zu fördern.

4.1.3 Bestehende Herausforderungen

Welchen Herausforderungen die Organisationen gegenüberstehen war Kern der nächsten Fragestellung. Im Rahmen einer Multiple Choice-Frage konnten die befragten Personen benennen, welche Herausforderungen in ihren Augen die beiden größten sind.

Die drei größten Herausforderungen stellen die fehlende Bereitschaft in Führungsaufgaben aktiv zu werden, die fehlende Bereitschaft sich tatkräftig zur Erfüllung anstehender Aufgaben einzubringen und der Mitgliederschwund dar. Hierbei handelt es sich um Herausforderungen, welche unmittelbar mit - aktiv mitwirkenden oder teilnehmenden - Menschen zu tun haben. Formelle oder finanzielle Herausforderungen folgen daran anschließend. So halten 27 Personen den Umgang mit neuen, rechtlichen Vorgaben und Anforderungen und 23 Personen unzureichende finanzielle Mittel als große Herausforderungen. Die unzureichende Qualifikation wichtiger Schlüsselpersonen und Sonstige-Nennungen bilden den Schluss. Bei den Nennungen im Bereich "Sonstiges" erscheint bemerkenswert, dass sieben Personen übereinstimmend erklärten, dass fehlende Räume oder räumliche Begebenheiten eine der größten Herausforderungen darstellt, derer sich ihre Organisation gegenübersieht.

Die Verteilung der Rückmeldungen auf die jeweiligen Felder ist nachfolgender Abbildung zu entnehmen.

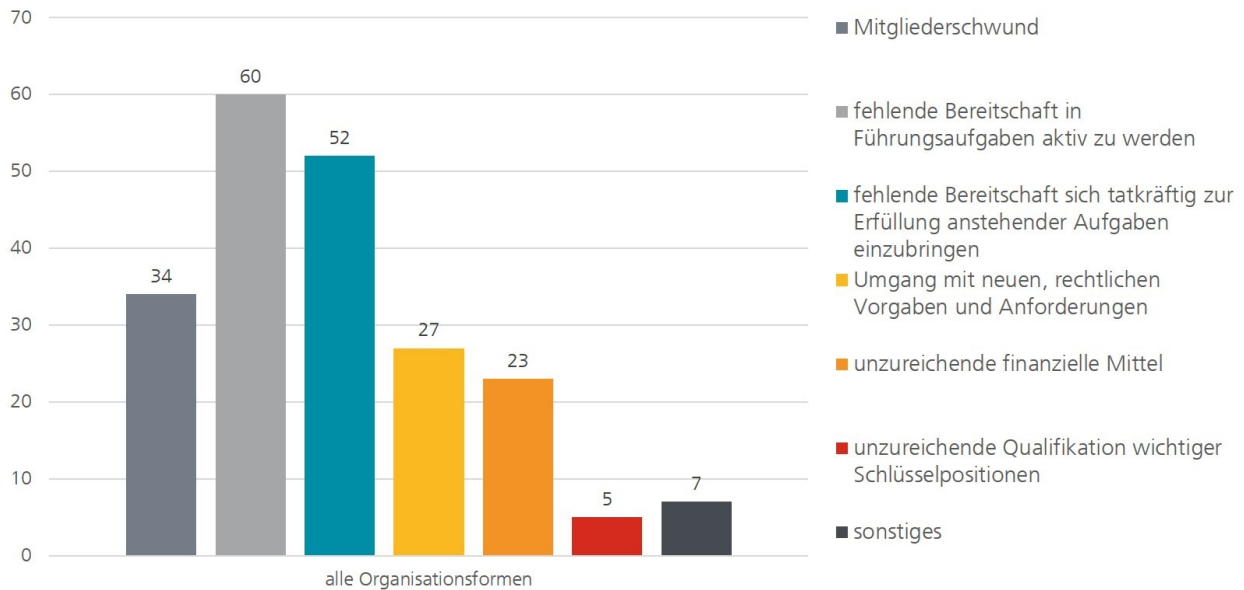


Abb. 5: Welche Herausforderungen sind in Ihren Augen die beiden größten? (Multiple Choice/ zwei Nennungen möglich); Eigene Darstellung

Hinsichtlich der Fragestellung nach Unterstützung konnten die Organisationsvertreter*innen ebenfalls im Rahmen einer Multiple Choice-Frage Rückmeldung geben. Hierbei war die Anzahl der Nennungen jedoch nicht begrenzt.

Am meisten Unterstützung wünschen sich die befragten Personen in Form von Fortbildungen im Bereich Fundraising (45 Nennungen), im Freiwilligenmanagement (33 Nennungen) und in der Öffentlichkeitsarbeit (33 Nennungen). Formate zum Erfahrungsaustausch (28 Nennungen) sowie Fortbildungen in der Vereins- und Organisationsführung (25 Nennungen). 17 Personen erklärten, dass sie keine Unterstützung bräuchten. 13 Personen hatten Anmerkungen im Bereich "Sonstiges" hinterlassen. Hier fällt auf, dass sich erneut mehrere Personen Unterstützung beim Finden nutzbarer Räume wünschen.

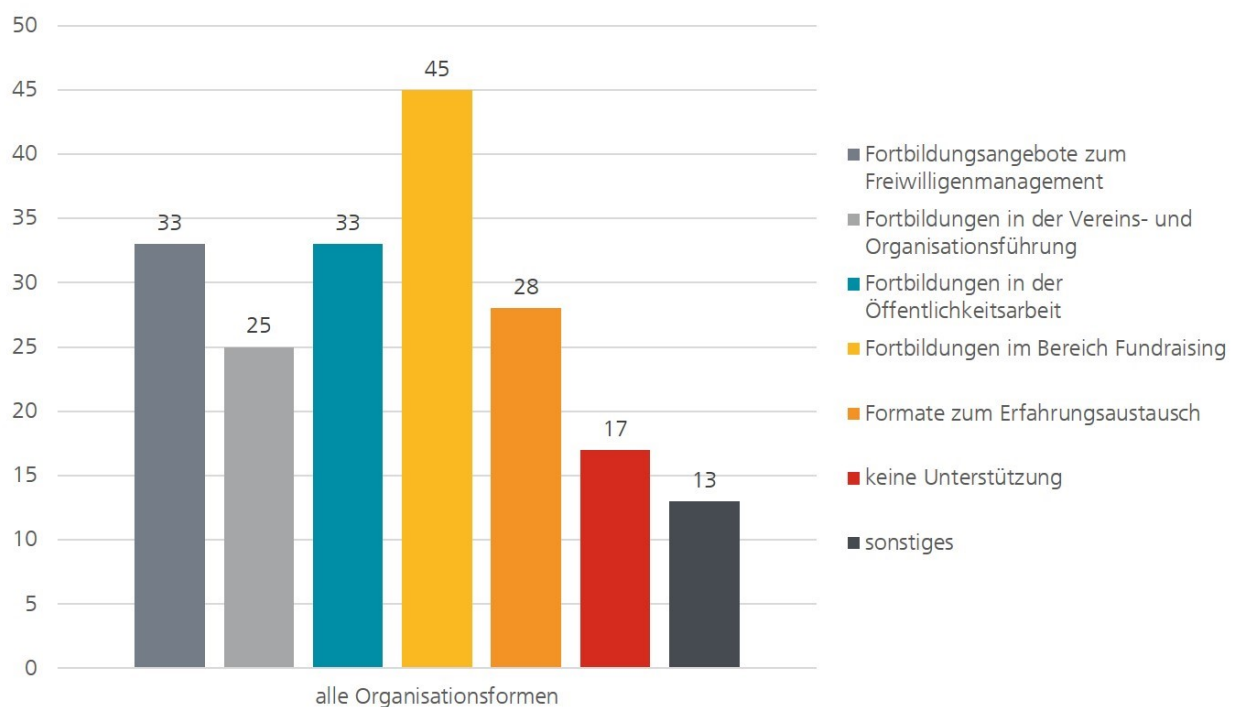


Abb. 6: In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? (Multiple Choice/ Mehrfachnennungen möglich); Eigene Darstellung

4.2 Die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm

Bei der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm kann zwischen ideellen und finanziellen Formen der Unterstützung unterschieden werden. Darüber hinaus können sich programmatische Vorsätze und bestehende Strukturen begünstigend auf die Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements auswirken.

Ideelle Unterstützung erfahren Organisationen und Personen durch Formen der öffentlichen Anerkennung und Bezugnahme. Beispiele hierfür sind z.B. öffentliche Ehrungen oder Veranstaltungen bei denen der Oberbürgermeister oder Bürgermeister*innen eine Schirmherrschaft übernehmen.

Finanzielle Unterstützung erhalten Organisationen z.B. in Form von Zuwendungen und Zuschüssen. Dass in Ulm das bürgerschaftliche Engagement in Organisationen auch monetär einen hohen Stellenwert einnimmt, spiegelt sich im kommunalen Haushaltsplan wieder. So ist in Anlage 4 des aktuellen Haushaltsplanes abgebildet, dass die Stadt Ulm jedes Jahr über 50 Millionen Euro an Zuwendungen und Zuschüssen an zivilgesellschaftliche Organisationen vergibt.²¹ Mit diesen Mitteln werden unter anderem Strukturen und hauptamtliches Fachpersonal finanziert, welche ihrerseits in unmittelbarer Verbindung zu bürgerschaftlichem Engagement stehen - z.B. in Form einer hauptamtlichen Anleitung und Begleitung bürgerschaftlich Engagierter oder durch die Bereitstellung von Sachmitteln und Räumlichkeiten zur Ausübung eines Engagements.

Eine Institution zur ideellen und finanziellen Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Ulm stellt die Ulmer Bürger Stiftung dar.

Die Ulmer Bürger Stiftung

Die Ulmer Bürger Stiftung besteht seit nunmehr 25 Jahren. Sie wurde am 26. März 1997 vom Ulmer Gemeinderat gegründet. Anlass war die Verkündung des Großen Schwörbriefes der Stadt Ulm vor 600 Jahren, am 26. März 1397. Mit dieser Stiftung setzt die Stadt ein Zeichen Ulmer Gemeinschaft und Solidarität. Als finanziellen Grundstock hat der Gemeinderat der Stiftung damals 6 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Seither ist das Stiftungsvermögen auf 3,8 Mio. Euro angewachsen.

Unter dem Leitsatz "Wir für Ulm!" unterstützt die Stiftung mit ihren Zuwendungen neue Projekte von Vereinen, Institutionen oder Organisationen. Des Weiteren werden bestehende Initiativen in ihrem Engagement gestärkt und neu motiviert.

In den vergangenen 25 Jahren hat die Ulmer Bürger Stiftung 650 Einzelprojekte mit einer Gesamtbewilligungssumme von 3.394.549 € gefördert. Ziel und Zweck der Stiftung ist die Förderung der Gemeinwesenarbeit in Ulm. Der Stiftungszweck ist sehr breit aufgestellt, so werden Projekte aus dem Gebiet der Bildung und Erziehung, der Völkerverständigung, der Heimatkunde/Heimatpflege, des Umweltschutzes, der Jugendhilfe, der Altenhilfe, der Kultur, des Sports, der kirchlichen Zwecke, des Gesundheitswesens oder der Wohlfahrtspflege bedacht. Die Ulmer Bürger Stiftung unterstützt Projekte vorwiegend mit einer Anschub- oder Anerkennungsfinanzierung. Mit einer Anschubfinanzierung werden neue Projekte und Initiativen ermöglicht. Mit der Anerkennungsfinanzierung werden langjährig bestehende Projekte und Initiativen gefördert. Über die Anträge entscheidet zweimal im Jahr der Stiftungsvorstand unter Berücksichtigung des Stiftungszwecks und der eventuellen Zweckbindungen durch die Spender*innen.

Die Geschicke der Stiftung lenkt ein kleiner ehrenamtlicher Vorstand. Ihm gehören der Oberbürgermeister als Vorsitzender und je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Fraktionen des Ulmer Gemeinderats an.

²¹ siehe <https://www.ulm.de/-/media/ulm/zsf/zsf-h/downloads/haushaltsplan-2022.pdf>

Derzeit sind dies:

- Oberbürgermeister Gunter Czisch
- Stadtrat Martin Ansbacher, SPD-Fraktion
- Stadtrat Ulrich Metzger, GRÜNE-Fraktion
- Stadträtin Brigitte Ried, FWG-Fraktion
- Stadtrat Winfried Walter, CDU/UfA

Die Stiftung finanziert ihre Aktivitäten aus Erträgen des Stiftungskapitals und aus Spenden; das Stiftungskapital selbst muss unangetastet bleiben. Jede Zustiftung sichert langfristig höhere Erträge. Wer spendet, kann selbst entscheiden, ob seine Spende direkt verwendet oder dem Stiftungskapital zugeführt werden soll und dann die Erträge daraus für Hilfen zur Verfügung stehen. Selbstverständlich werden verfügte Zweckbindungen beachtet.

Am 26.03.22 feierte die Ulmer Bürger Stiftung ihr 25-jähriges Jubiläum mit einem Jubiläumskonzert in der Pauluskirche unter Mitwirkung von Siyou, Joo Kraus, collegium musicum ulm, Choriosity und den St. Georgs Chorknaben.

Außerdem organisiert die Ulmer Bürger Stiftung zweimal im Jahr die Stadtführung "Feierabend in Ulm". Die Gästeführerin Gaby Fischer führt gemeinsam mit Oberbürgermeister Gunter Czisch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen einer 60-minütigen Tour entlang an Ulmer Meilensteinen und schwärmt von Pionieren und herausragenden Ulmer Persönlichkeiten. Die Einnahmen aus der Stadtführung kommen der Ulmer Bürger Stiftung zugute. Oberbürgermeister Gunter Czisch informiert im Rahmen der Stadtführung kurzweilig über das Engagement der Ulmer Bürger Stiftung, um die Stiftung so mehr ins Bewusstsein der Ulmer Bevölkerung zu bringen.

Der 01. Oktober hat sich als europaweiter Tag der Stiftungen etabliert. Da nur ein kleiner Teil der Bevölkerung weiß, was Stiftungen über Jahrhunderte hinweg für die Gesellschaft leisten, dient dieser Tag dazu, auf die Vielfalt der Stiftungslandschaft hinzuweisen. Die Ulmer Bürger Stiftung beteiligt sich jährlich mit Aktionen am europaweiten Tag der Stiftungen.

Ulmer Band

Seit 2000 verleiht die Ulmer Bürger Stiftung jedes Jahr, immer im Rahmen der Frühjahrsausschüttung, an max. fünf Bürgerinnen und Bürger das Ulmer Band für besonderes bürgerschaftliches Engagement. Das Ulmer Band ist eine Auszeichnung für Personen, die sich ehrenamtlich um das soziale, politische, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Leben der Stadt Ulm in der besonderer Weise verdient gemacht haben. 103 Personen haben bisher diese besondere Auszeichnung erhalten.

Programmatische Vorsätze zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements liegen z.B. vor, wenn sich Organisationen zur Einhaltung von Leitlinien im Umgang mit Bürgerschaftlichen Engagement verpflichten. In Ulm wurde 2016 ein entsprechender Leitfaden durch das Forum FaRBE²² verabschiedet. Darin beschrieben werden Anforderungen an hauptamtliche Fachkräfte im bürgerschaftlichen Engagement sowie Rahmenbedingungen für eine professionelle Begleitung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements.²³Bestehende Strukturen liegen z.B. in Form von Anlaufstellen oder Ansprechpersonen vor, deren Aufgabe es ist, bürgerschaftliches Engagement im Allgemeinen zu fördern. Hier nimmt die Stadtverwaltung als öffentlicher Träger aber auch größere Verbände und speziell damit beauftragte kleinere Organisationen eine Schlüsselrolle ein.

Die zentrale Anlaufstelle für Organisationen und Engagement-Interessierte Personen in Ulm ist engagiert in ulm e.V. Der eingetragene Verein wird von der Stadt bezuschusst und nimmt vielfältige Aufgaben der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements wahr. Hierzu zählt unter anderem der

²² FaRBE = **F**achkräfte **R**egional für **B**ürgerschaftliches **E**ngagement

²³ Der Leitfaden ist Online erhältlich - siehe <https://www.engagiert-in-ulm.de/farbe>

Betrieb einer Engagement-Datenbank, die Beratung und Vermittlung von Engagement-Interessierten Personen, die Durchführung von Schulungen für Funktionäre und Engagierten und die Ausgabe der FreiwilligenCard. Die FreiwilligenCard ist eine Form der Anerkennung: Inhaber der FreiwilligenCard können in Ulm eine Reihe unterschiedlicher Vergünstigungen und Vorteile erhalten. Im Zuge der Weiterentwicklung der FreiwilligenCard wird diese mit der geplanten, landesweiten Ehrenamtskarte Baden-Württemberg verknüpft.

Ulm ist Modellregion für die Einführung einer landesweit gültigen Ehrenamtskarte

Mit der Etablierung einer landesweit gültigen Ehrenamtskarte möchte die Landesregierung Baden-Württembergs ihre Wertschätzung für freiwillig Engagierte zum Ausdruck bringen. Festgeschrieben wurde diese Maßnahme im Koalitionsvertrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und CDU im Mai 2021.²⁴ Zur Erprobung dieser Ehrenamtskarte wurden im Rahmen eines Interessensbekundungsverfahrens vier Modellregionen ausgewählt. Neben dem Ostalbkreis, dem Landkreis Calw und Freiburg wurde Ulm im November 2022 als Modellregion gewählt.

1. Die Einführung der landesweit gültigen Ehrenamtskarte wird in Ulm parallel zur Weiterentwicklung der FreiwilligenCard in Abstimmung mit der Stadtverwaltung von engagiert in ulm e.V. verantwortet und ist ab Mai 2023 vorgesehen. Für die Einführung und Erprobung der landesweit gültigen Ehrenamtskarte werden seitens des Landes für die Dauer eines Jahres Mittel für Personalkosten zur Verfügung gestellt.

²⁴ vgl. <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/koalitionsvertrag-fuer-baden-wuerttemberg/>
(23.11.22)

Weitere Beispiele für entsprechende Anlaufstellen und Ansprechpersonen können nachfolgender Tabelle entnommen werden. Dabei ist diese Auflistung aber in keiner Weise als abschließend oder umfänglich zu betrachten. Es gibt eine Reihe weiterer Organisationen wie z.B. der Landessportbund welche regional und überregional bürgerschaftliches Engagement stärken.

Träger	Profil und Angebote zur Engagementförderung
engagiert in ulm e.V.	Allgemeine, zentrale Anlaufstelle für Organisationen und Engagement-Interessierte Personen in Ulm, zentraler Netzwerkknoten Infostelle; Engagementberatung und -vermittlung, Organisationsberatung, Engagement-Datenbank, Ausgabe der FreiwilligenCard, Schulungs- und Weiterbildungsangebote für Engagierte/ Engagement-Interessierte und Funktionäre.
Stadt Ulm - Chancengerechtigkeit und Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> • Zentrale Anlaufstelle für Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen zur Förderung, Beratung, Vernetzung und als Partnerin für Ideen und Vorhaben zu den Themen Chancengerechtigkeit und Vielfalt.
Stadt Ulm - Digitale Agenda Verschwörhaus	Zentrale Anlaufstelle für Organisationen aus der Digitalszene, Schulungsangebote für Ehrenamtliche.
Stadt Ulm - Kulturabteilung	Zentrale Anlaufstelle für Organisationen aus der Kulturszene (viele unterschiedliche Organisationsformen - hauptamtlich/ professionell und freie, bürgerschaftliche Szene); Netzwerkknoten für Kulturschaffende, finanzielle Förderung aber auch Beratung und Begleitung von Organisationen.
Stadt Ulm - Bildung und Sport SG Sport und Bäder	Wichtige Anlaufstelle für alle Sportvereine in Ulm Zuständig für viele Belange rund um Liegenschaften (Sportstätten, Ausstattung, etc.), Vergabe von und Beratung zu Zuschüssen und Möglichkeiten finanzieller Förderung.
Stadt Ulm - Abteilung Soziales Zentrale Verwaltung	Bearbeitende Verwaltungseinheit für gemeinnützige Organisationen zur Beantragung von regelmäßigen Zuschüssen.
Stadt Ulm - Abteilung Soziales Stadtteilkoordination, Ressourcenmanagement Kordinierungsstelle Ehrenamt in der Flüchtlingsarbeit	Dezentrale Ansprechpersonen für bürgerschaftliches Engagement in den Sozialräumen, u.a. zuständig z.B. für die dezentrale Ausgabe der FreiwilligenCard.
Diakonie	Wesentlicher Akteur bürgerschaftlichen Engagements; vielfältige Engagementmöglichkeiten innerhalb der Diakonie Engagementberatung und ggf. Weiterleitung/ -vermittlung zu anderen Trägern, Schulungsangebot "Sozialführerschein", enge Zusammenarbeit mit engagiert in ulm e.V.
Caritas	Wesentlicher Akteur bürgerschaftlichen Engagements; vielfältige Engagementmöglichkeiten innerhalb der Caritas Engagementberatung und ggf. Weiterleitung/ -vermittlung zu engagiert in ulm, "Young Caritas" als Angebot für kurzfristiges Engagement (auch für andere Organisationen bürgerschaftlichen Engagements), enge Zusammenarbeit mit engagiert in ulm e.V.

Bürgerschaftliches Engagement wird in Ulm auf vielfältige Art und Weise gefördert. Überlegungen wie das Bürgerschaftliche Engagement in Ulm weiterentwickelt und gestärkt werden könnte, werden im nachfolgenden Kapitel angestellt.

4.3. Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm

Auf Basis der vorgenommenen Erhebung und im Austausch mit unterschiedlichen Akteuren, lassen sich Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm ableiten.

Handlungsempfehlung 5

Etablierung eines verwaltungsinternen, abteilungsübergreifenden Kooperationsnetzwerkes zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements

Ziel: Bessere Vernetzung von Schlüsselakteuren innerhalb der Stadtverwaltung

Begründung

In Ulm ist engagiert in ulm e.V. die zentrale Anlaufstelle für Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen.

Engagiert in ulm e.V. ist somit in der Außenwirkung der zentrale Netzwerkknoten für fast alle Belange rund um die Vermittlung, Förderung und Stärkung Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm. Darüber hinaus gibt es aber auch in der Stadtverwaltung eine Vielzahl von Maßnahmen, Strukturen und Aktivitäten, welche direkt und indirekt auf bürgerschaftliches Engagement einwirken und es ebenfalls stärken und fördern. Beispielhaft sei hier auf die Aktivitäten der Sport- und Kulturförderung aber auch querschnittsorientierter Fachabteilungen wie dem Sachgebiet Chancengerechtigkeit und Vielfalt der Lokalen und Digitalen Agenda oder der Abteilung Soziales, die für eine Vielzahl von Zuschüssen in diesem Bereich zuständig sind, verwiesen. Diese beraten, fördern und vernetzen Akteure und Organisationen innerhalb der jeweiligen Themenfelder und sind eine wichtige Anlaufstelle und gleichzeitig ein wesentlicher, öffentlicher Multiplikator.

Dabei werden die Aktivitäten der Stadtverwaltung bislang nur innerhalb der bestehenden Zuständigkeitsbereiche einzelner Fachabteilungen vollzogen. Ein systematischer abteilungsübergreifender Austausch und somit eine Koordination und Abstimmung dieser Aktivitäten findet bislang nicht statt. Durch die **Etablierung eines verwaltungsinternen, abteilungsübergreifenden Kooperationsnetzwerkes zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements** wird dem begegnet.

Das zu etablierende Kooperationsnetzwerk wirkt dabei einerseits nach innen und stimmt die einzelnen Maßnahmen der unterschiedlichen Abteilungen besser aufeinander ab. Andererseits wirkt es nach außen, indem es wesentliche Informationen z.B. auch gegenüber engagiert in ulm e.V. bündelt und multipliziert. Darüber hinaus können allein durch die unterschiedlichen Zugänge und Anknüpfungspunkte der einzelnen Akteure Angebote z.B. besser auf die Bedürfnisse von Migrantenorganisationen, Sportvereinen und Kulturschaffenden angepasst und diese - auch von engagiert in ulm e.V. - besser erreicht werden.

Handlungsempfehlung 6

Entwicklung neuer Angebote zur Beratung und Begleitung von Organisationen u.a. zur Erarbeitung nachhaltiger Nachwuchsstrategien

Ziel: Gezielte Unterstützung der Organisationen bürgerschaftlichen Engagements

Begründung

Die größten Herausforderungen der befragten Organisationen bürgerschaftlichen Engagements liegen mit großen Abstand in den Bereichen Übernahme von Führungsaufgaben, Aktivierung der Mitglieder zur Aufgabenerfüllung und in der Gewinnung von Mitgliedern.

Engagiert in ulm e.V. ist in diesen Bereichen bereits mit unterschiedlichen Angeboten aktiv. So

können sich Organisationen bereits jetzt zu unterschiedlichen Themen beraten und gezielt unterstützen lassen. Darüber hinaus landen Anfragen im Bereich der Entwicklung nachhaltiger Nachwuchsstrategien ebenfalls bei den städtischen Akteuren, welche ihrerseits versuchen beratend und unterstützend Hilfe zu leisten. Um den bestehenden Herausforderungen in diesem Bereich besser begegnen zu können, ist die **Entwicklung neuer Angebote zur Beratung und Begleitung von Organisationen u.a. zur Erarbeitung nachhaltiger Nachwuchsstrategien** ein geeignetes Mittel.

Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei, dass die unterschiedlichen Netzwerke und Kompetenzbereiche der städtischen Akteure sowie von engagiert in ulm e.V. besser zum Tragen kommen und sich sinnhaft ergänzen.

Ein in Not geratener Sportverein könnte so z.B. einerseits städtische Beratung und Unterstützung zur Schaffung eines hauptamtlichen Geschäftsführers erfragen und andererseits die Beratung und Begleitung seiner ehrenamtlichen Vorstandschaft durch engagiert in ulm e.V. in Anspruch nehmen. Die Entwicklung neuer Angebote zur Beratung und Begleitung von Organisationen ist im Zusammenspiel mit dem in Handlungsempfehlung 5 beschriebenen Kooperationsnetzwerk Aufgabe von engagiert in ulm e.V. Die Aufgabenerfüllung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der strategischen Sozialplanung.

Handlungsempfehlung 7

Aufbau eines Vermittlungspools für bestehende Räume

Ziel: Bessere Auslastung von bestehendem Raum für Bürgerschaftliches Engagement

Begründung

Ein weiterer Aspekt, der im Zuge der Erhebung benannt wurde betraf Räume. Gemeint waren hierbei Räume, welche die Organisationen für sich nutzen können, wie z.B. Club- und Seminarräume. Aber auch Räume, welche genutzt werden können, um Veranstaltungen und Aktionen durchführen zu können.

Räume in Städten sind Mangelware und heiß begehrt: sie werden aktuell dringend gebraucht für die Unterbringung von Geflüchteten oder zur Schaffung kostengünstigen Wohnraums. Sich in Konkurrenz zu vielen, mindestens ebenso wichtigen Interessen zu begeben bindet Kapazitäten, welche evtl. an anderer Stelle besser aufgehoben sind. Andererseits gibt es Räume, in denen Bürgerschaftliches Engagement nicht oder nicht im möglichen Umfang stattfindet: z.B. Leerstände zu bestimmten Zeiten, in bestehenden Gebäuden oder auf öffentlichen Plätzen. Eine Möglichkeit Organisationen in Bezug zu Räumen zu unterstützen liegt im **Aufbau eines Vermittlungspools, innerhalb dessen bestehende Räume zur Verfügung gestellt, geteilt und so besser ausgelastet werden** können.

In der Abteilung Bildung und Sport sowie im Rahmen einer langfristigen Maßnahme des Smart City Projekts Ulm4CleverCity bestehen bereits erste Ansätze und Überlegungen die technischen Voraussetzungen für ein digitales Vermittlungstool von Räumen zu schaffen. In der Umsetzung soll dieses so ausgerichtet werden, dass insbesondere Raum für bürgerschaftliches Engagement geschaffen wird. Die bereits laufenden Aktivitäten in diesem Zusammenhang werden durch eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zusammengeführt und ein entsprechendes Instrument projekthaft etabliert.

5. Die Handlungsempfehlungen im Überblick

Die grundsätzliche Behandlung der Themenfelder Bürgerdialog und Bürgerschaftliches Engagement in Ulm hat die Ableitung unterschiedlicher Handlungsempfehlungen zur fortführenden Bearbeitung zur Folge. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die jeweiligen Handlungsempfehlungen mit den entsprechenden Maßnahmen und den verfolgten Zielen in nachfolgender Tabelle zusammengefasst.

Bürgerdialog			
#	Maßnahme	Ziel	Kümmerer
1	Etablierung einer Koordinierungs- und Anlaufstelle zum Bürgerdialog	Bessere Abstimmung der dialogischen Aktivitäten der Stadtverwaltung	Open Government Stelle DA Ende Q3/2023
2	Erarbeitung und Verabschiedung eines Orientierungsrahmens für den Bürgerdialog in Ulm	Stärkung dialogischer Aktivitäten und Schaffung von mehr Transparenz	Open Government Stelle DA Ende Q1/2024
3	Etablierung der Beteiligungsplattform als zentralen Kommunikationsknoten für Bürgerdialog	Sicherstellung von Kommunikation, Transparenz und Nachhaltigkeit	Open Government Stelle Ende Q3/2023

Bürgerschaftliches Engagement			
#	Maßnahmen	Ziele	Kümmerer
4	Etablierung eines verwaltungsinternen abteilungsübergreifenden Kooperationsnetzwerkes zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements	Bessere Vernetzung von Schlüsselakteuren	SP2 Ende Q2/2023
5	Unterstützung des Weiterentwicklungsprozesses der Regionalen Planungsgruppen	Stärkung wohnortnahen Dialogs	SP2 Ende Q4/2023
6	Entwicklung neuer Angebote zur Beratung und Begleitung von Organisationen u.a. zur Erarbeitung nachhaltiger Nachwuchsstrategien	Gezielte Unterstützung der Organisationen bürgerschaftlichen Engagements	engagiert in ulm e.V. in Zusammenarbeit mit SP2 Ende Q4/2023
7	Aufbau eines Vermittlungspools für bestehende Räume.	Bessere Auslastung von bestehendem Raum für Bürgerschaftliches Engagement	SP2, GM, BS, SO Ende Q2/2024